



LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



Bericht des Landesbeauftragten für politische Bildung in der 20. Wahlperiode

Bericht des Landesbeauftragten für politische Bildung in der 20. Wahlperiode



Foto: bevisphoto.de

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Mitglieder des Schleswig-
Holsteinischen Landtages,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Wertschätzung für die Vorzüge unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vererbt sich nicht von allein an jüngere Generationen. Daher leistet politische Bildung einen unverzichtbaren Beitrag, um junge Menschen für unsere Demokratie zu gewinnen. Ebenso richtet sich politische Bildung an Menschen jeden Alters, die an unserer Demokratie oder an unserem Rechtsstaat zweifeln, und versucht sie mit guten Argumenten und der Ermöglichung demokratischer Teilhabe für unser Gemeinwesen zu gewinnen.

Als Landesbeauftragter für politische Bildung agiere ich mit meinem Team überparteilich, aber keinesfalls wertneutral. Wir nehmen Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz zum normativen Ausgangspunkt unserer Tätigkeit und verteidigen diese gegen jede Form von Extremismus.

Ich freue mich, Ihnen den Bericht über meine Tätigkeit in der 20. Wahlperiode vorlegen zu können. Der Bericht zeigt die grundlegende Bedeutung politischer Bildung in sechs Handlungsfeldern auf (Kapitel 2) und dokumentiert die Aktivitäten des Landesbeauftragten für politische Bildung entlang von sieben Themenfeldern (Kapitel 3). Ein eigenes Kapitel ist unserer App *Stolpersteine Digital*, die auf meine Initiative inzwischen bundesweit ausgerollt wird, gewidmet. Projekte und Veranstaltungen im Vorfeld von Wahlen werden ebenfalls in einem separaten Kapitel dargestellt. Der Bericht endet mit konkreten Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung und Stärkung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein.

Laut § 7 des Gesetzes zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung (PolBiLBeauftrG SH) legt der Landesbeauftragte in jeder Wahlperiode einen Bericht über die Situation der politischen Bildung sowie seine Tätigkeit vor. Der Berichtszeitraum des vorliegenden Berichts schließt an den vorangegangenen Bericht an und reicht vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2026. Alle Zahlenangaben dieses Berichts geben – soweit nicht anders angegeben – den Stand des 30. Juni 2026 wieder.

Mein Dank gilt den Mitgliedern des Schleswig-Holsteinischen Landtages, der Landesregierung sowie den Mitgliedern des Kuratoriums für die gute, konstruktive Zusammenarbeit und die entgegengebrachte Wertschätzung für meine Arbeit. Ebenso danke ich den vielen Kooperationspartner:innen im gesamten Bundesland für den gemeinsamen Einsatz für die politische Bildung in Schleswig-Holstein.

Kiel, den 23. September 2026

Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung

Inhalt

Vorwort	3
---------------	---

1 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

1.1 Mission Statement	6
1.2 Kuratorium	7
1.3 Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln	8

2 Handlungsfelder der politischen Bildung

2.1 Politische Bildung in der Schule	9
2.2 Außerschulische politische Jugendbildung	14
2.3 Politische Erwachsenenbildung	19
2.4 Politische Bildung für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung	22
2.5 Publikationen	24
2.6 Digitale politische Bildungsangebote	26

3 Themenfelder der politischen Bildung

3.1 Grundfragen der politischen Ordnung	29
3.2 Historisches Lernen und Erinnerungskultur	32
3.3 Bürgerschaftliches Engagement und Kinder- und Jugendbeteiligung	35

3.4	Extremismusprävention	38
3.5	Digitalisierung und politische Medienkompetenz	42
3.6	Europäische und internationale Politik	46
3.7	Schleswig-Holstein und seine Minderheiten	48

4 App Stolpersteine Digital 51

5 Projekte und Aktivitäten zu Wahlen

5.1	Wahl-O-Mat	54
5.2	Wahl-O-Mat zum Aufkleben	56
5.3	Juniorwahl	57
5.4	Diskussionen und Seminare für Erstwähler:innen	58
5.5	Kurzfilmwettbewerb	59
5.6	Weitere Projekte im Vorfeld von Wahlen	60

6 Handlungsempfehlungen 62

7 Ansprechpartner:innen 66

1.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung

7

Mitarbeiter:innen

Landesweit
mehr als

100

Kooperations-
partner:innen

1

Stelle im
Freiwilligen
Sozialen Jahr

1.1 Mission Statement

Der Landesbeauftragte für politische Bildung hält Bildungsangebote für alle Bürger:innen in Schleswig-Holstein bereit. Er berät den Landtag und die Landesregierung in Grundsatzangelegenheiten der politischen Bildung und nimmt mit seinem Team die Aufgaben einer Landeszentrale für politische Bildung wahr. Der Landesbeauftragte wird direkt vom Schleswig-Holsteinischen Landtag für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt; er ist politisch unabhängig und arbeitet überparteilich.

Die Bildungsangebote des Landesbeauftragten sind den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Teilnehmendenorientierung) verpflichtet. Ein vermeintliches „Neutralitätsgebot“, wie es etwa von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Akteur:innen eingefordert wird, lässt sich daraus jedoch nicht ableiten. Bei aller parteipolitischen Ausgewogenheit tritt der Landesbeauftragte für politische Bildung klar für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie Minderheitenschutz ein und nimmt diese Grundwerte zum Ausgangspunkt seiner Arbeit.

Die Bildungsangebote des Landesbeauftragten und seines Teams leisten einen Beitrag, um die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu stärken, die politische Kultur in Schleswig-Holstein zu bereichern und das Interesse sowie die Teilhabe an Politik und Demokratie zu stärken. Gemeinsam mit Kooperationspartner:innen entwickelt der Landesbeauftragte



Konstituierende Sitzung des Kuratoriums des Landesbeauftragten für politischen Bildung in der 20. Wahlperiode: v. l. n. r.: Wiebke Zweig, MdL (CDU), Jens Henriksen (Sydslesvigsk Oplysningsforbund e. V.), Karsten Schneider (Landesverband der Volkshochschulen), Knut Voigt (Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit), Marcia Mimura (Hermann Ehlers Stiftung), Karsten Biermann (IJB Scheersberg), Jette Waldinger-Thiering, MdL (SSW), Martin Habersaat, MdL (SPD), Helmut Landsiedel (Ministerialdirigent a.D.), Malte Krüger, MdL (Bündnis 90/Die Grünen). Nicht im Bild: Christopher Vogt, MdL (FDP) und Tom Daubmann (Landeschüler:innenvertretung). Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Dr. Hauke Petersen.

neue Ideen für die politische Bildung und setzt diese in die Praxis um.

Die Themen der Veranstaltungen und Projekte sind vielfältig. Neben aktuellen politischen Fragen werden auch historische Ereignisse und Entwicklungen aufgegriffen. Oft besteht ein thematischer Bezug zu Schleswig-Holstein, aber es werden ebenso nationale und internationale politische Entwicklungen, die für die Menschen in Schleswig-Holstein relevant sind, thematisiert. Der Landesbeauftragte setzt bei Veranstaltungen und Projekten auf interaktive Formate und Methoden, die einen Austausch mit und zwischen den Teilnehmer:innen ermöglichen. Die Teilnahme an Veranstaltungen und Projekten ist grundsätzlich kostenfrei.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung setzt innovative digitale Bildungsangebote um und nimmt di-

gitale Räume als politische Räume wahr. Die Website politische-bildung.sh bildet eine zentrale Plattform für die politische Bildung in Schleswig-Holstein. Im Online-Shop können Bürger:innen kostenfrei bzw. kostengünstig Bücher, Broschüren und weitere Materialien bestellen. Außerdem wirkt der Landesbeauftragte mit Informationen und Beiträgen auf Instagram und Facebook in den digitalen Raum hinein.

1.2 Kuratorium

Das zwölfköpfige Kuratorium besteht jeweils aus einem Mitglied der Landtagsfraktionen sowie je einer von jeder Fraktion benannten sachverständigen Person, die mit Fragen der politischen Bildung befasst ist. Die parteinahen Bildungseinrichtungen der im

Landtag vertretenen Parteien haben ebenso wie die Landesschüler:innenvertretungen jeweils eine:n gemeinsame:n Vertreter:in benannt. Die Mitglieder sind für die Dauer der Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages von der Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages bestellt.

Das Kuratorium nimmt regelmäßig Berichte des Landesbeauftragten über seine Arbeit entgegen, diskutiert zu fachlichen Fragen und gibt Anregungen für die politische Bildungsarbeit. Es lädt bei Bedarf weitere Expert:innen zur Beratung hinzu. Die Sitzungen des Kuratoriums sind grundsätzlich öffentlich. Den Vorsitz des Kuratoriums hat in der 20. Wahlperiode Karsten Biermann inne; Stellvertreterin ist die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering (SSW).

1.3 Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln

Die Personal- und Sachmittel des Landesbeauftragten für politische Bildung sind in einem eigenen Haushaltskapitel (Einzelplan 01, Kapitel 06) aufgeführt. Der Landesbeauftragte wird von einem Team von sieben Mitarbeiter:innen (vier Referent:innen, drei Sachbearbeiterinnen) unterstützt. Im Berichtszeitraum war zudem durchgehend eine Stelle im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ Politik) besetzt.

Die Sachmittel für politische Bildungsmaßnahmen betragen 320.000 EUR pro Jahr (Haushaltsjahr 2026). Hinzu kommen weitere zweckgebundene Mittel, wie etwa 35.000 EUR für Projekte zu Wahlen und Europa, sowie Verwaltungsausgaben. Insgesamt beträgt der Etat aus Sach- und Personalmitteln 1.156.100 EUR (Haushaltsjahr 2026).

Durch einen Förderantrag bei der Bundeszentrale für politische Bildung konnten zusätzliche Projektmittel von 179.000 EUR eingeworben werden (siehe Kapitel 4).

12 Mitglieder im Kuratorium

ca.

250

abgeschlossene Kooperationsvereinbarungen

2.

Handlungsfelder der politischen Bildung

Die Aktivitäten des Landesbeauftragten für politische Bildung lassen sich in sechs Handlungsfelder untergliedern. Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene finden sowohl im schulischen Kontext (Abschnitt 2.1) als auch in der außerschulischen politischen Kinder- und Jugendbildung (Abschnitt 2.2) statt. Hinzu kommt der allgemeine Bereich der politischen Erwachsenenbildung (Abschnitt 2.3). Als eigenes Handlungsfeld werden zielgruppenspezifische Angebote mit ihren jeweils eigenen Besonderheiten und Adressat:innen aufgeführt (Abschnitt 2.4). Neben der Herausgabe und Verbreitung von Publikationen (Abschnitt 2.5) hat das Handlungsfeld der digitalen Bildungsangebote außerdem an Bedeutung gewonnen (Abschnitt 2.6).

2.1 Politische Bildung in der Schule

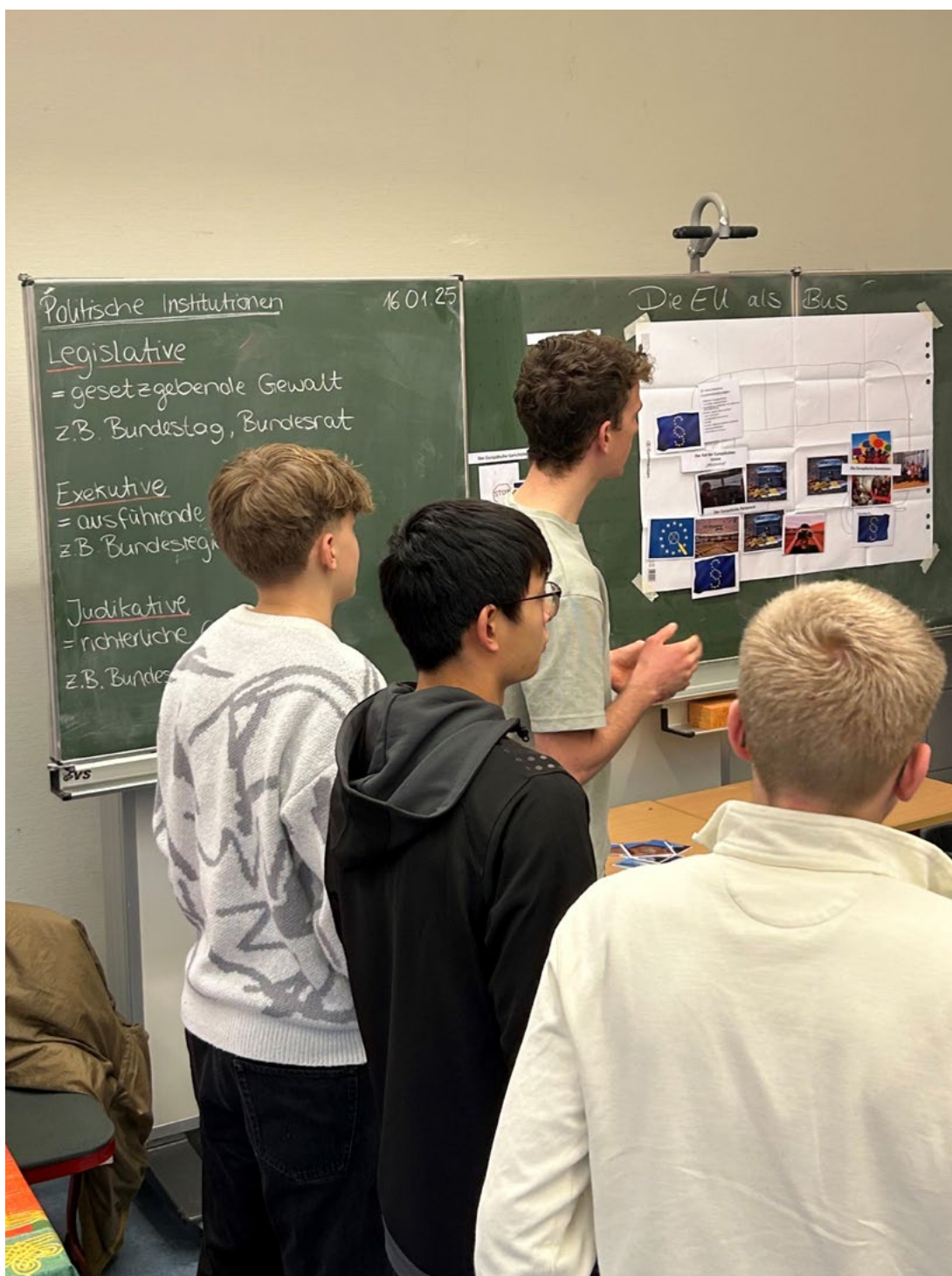
Der politischen Bildung in der Schule kommt eine zentrale Bedeutung zu. Kennzeichnend für dieses Handlungsfeld sind die allgemeine Erreichbarkeit junger Menschen sowie die Verbindlichkeit und der hohe Grad an Strukturierung der Bildungsangebote. Politische Bildungsprozesse werden sowohl durch den Fachunterricht der politischen Bildung als auch durch die allgemeinen und fächerübergreifenden Angebote der Schule zur Demokratiebildung sowie durch inner-schulische Beteiligungserfahrungen angeregt.

In der Betrachtung der Ausgangslage und der Beurteilung der schulischen Bildungspotenziale sollte einerseits zwischen dem Fachunterricht der politischen Bildung, der in erster Linie im Fach Wirtschaft/Politik stattfindet, und andererseits der Demokratiebildung als Aufgabe aller Schulfächer bzw. der Schule insgesamt unterschieden werden. Beide Ansatzpunkte haben unterschiedliche Schwerpunkte und Bildungspotenziale; sie stehen nicht in Konkurrenz, sondern bedingen und ergänzen sich bestenfalls wechselseitig.

2.1.1 Fachunterricht an Gymnasien

An den Gymnasien ist eine Verankerung der politischen Bildung im Schulfach Wirtschaft/Politik schon seit Längerem gegeben. Durch das Instrument der Kontingenzstundentafel variieren die in der Sekundarstufe I tatsächlich unterrichteten Wochenstunden im Fach Wirtschaft/Politik, ebenso die Jahrgangsstufe, in der mit dem Fachunterricht Wirtschaft/Politik begonnen wird.

Der Durchschnitt der erteilten Jahreswochenstunden im Fach Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I an den Gymnasien ist nach Angaben des *Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (MBWFK)* im Berichtszeitraum angestiegen. Während dieser im Schuljahr 2022/23 noch



Politische Bildung in der Schule: Schüler:innen der Ida-Ehre-Schule in Bad Oldesloe beim Workshop *Wohin steuert EU*ropa* am 16. Januar 2025.
Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung.

bei 1,86 Jahreswochenstunden lag¹, belief er sich im Schuljahr 2024/25 auf 4,1 Jahreswochenstunden.² Gleichzeitig sank die Anzahl der Gymnasien, die das Fach Wirtschaft/Politik mit weniger als vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I unterrichten, deutlich: Betrug diese Anzahl im Schuljahr 2018/19 noch 65 Gymnasien³ (entspricht 65,66 Prozent der Gymnasien), belief sie sich im Schuljahr 2024/25 nur noch auf sechs Gymnasien⁴ (6,06 Prozent).

Insofern konnte durch den Erlass zur Einführung eines verbindlichen Mindestkontingents von vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I ab dem Jahr 2020⁵ die bis dato prekäre Unterrichtsversorgung verbessert und die Anzahl der tatsächlich erteilten Stunden Wirtschaft/Politik an den Gymnasien in der Sekundarstufe I gesteigert werden. Die angekündigte weitere Erhöhung des Mindestkontingents auf sechs Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ab dem Schuljahr 2027/28⁶ wird diese Entwicklung fortsetzen und ist daher zu begrüßen.

Kritikwürdig erscheint hingegen die Kürzung des Faches Wirtschaft/Politik in der Qualifikationsphase (Q1-Jahrgang) der gymnasialen Oberstufe. Durch die Streichung in Q1, 1. Halbjahr muss das Wirtschaftspraktikum zukünftig bereits in der Einführungsphase (E-Jahrgang) zeitintensiv vor- und nachbereitet sowie absolviert werden. Dies wird zur Folge haben, dass wichtige Unterrichtszeit im Fach Wirtschaft/Politik für die Themen *Demokratie in der Bundesrepublik*

Deutschland (E1), *Gesellschaftliche Herausforderungen im 21. Jahrhundert* (E2) und *Die Soziale Marktwirtschaft zwischen Kontinuität und Wandel* (E3) fehlen wird. Es sollte geprüft werden, inwiefern das Wirtschaftspraktikum zukünftig als Wirtschafts- und Berufsorientierungspraktikum durch den Kurs Berufsorientierung (E-Jahrgang) durchgeführt werden könnte. Eine Überarbeitung der Fachanforderungen ist in jedem Fall dringend geboten, um die erweiterten Unterrichtsmöglichkeiten in der Sekundarstufe I zu nutzen und auf die Kürzung in der Sekundarstufe II abzustimmen.

2.1.2 Fachunterricht an Gemeinschaftsschulen

An den Gemeinschaftsschulen hatte der Fachunterricht der politischen Bildung lange Zeit keine hinreichende Verankerung in einem Schulfach. Dies hat sich durch die Einführung eines Mindestkontingents von vier Jahreswochenstunden ab dem Schuljahr 2020/21⁷ (s. o.) geändert. Das Fach Wirtschaft/Politik ist auch an Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe zum Leitfach der politischen Bildung geworden. Zusätzlich werden in der Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschulen politische Themen auch im Fach Weltkunde, das aber vor allem historische und geographische Themen integriert, behandelt. Der durchschnittlich erteilte Unterricht in der Sekundarstufe I lag nach Angaben des *Ministeriums für All-*

1 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Antwort der Landesregierung – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, LT-Drs. 20/1493 vom 18.10.2023.

2 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Antwort der Landesregierung – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, LT-Drs. 20/4113 vom 26.02.2026.

3 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Antwort der Landesregierung – Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, LT-Drs. 19/1753 vom 23.10.2019.

4 Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Antwort der Landesregierung – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, LT-Drs. 20/4113 vom 26.02.2026.

5 Vgl. Schreiben der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 4. Februar 2020 an die Schulleitungen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

6 Vgl. Plenarprotokoll vom 19.06.2025 sowie Ankündigung des Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 19.06.2025.

7 Vgl. Schreiben der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur vom 4. Februar 2020 an die Schulleitungen der Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.

38

verschiedene
Schulprojekte im
Berichtszeitraum

237

Schulbesuche von
Journalist:innen im
Projekt *Journalismus
macht Schule*

gemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im Fach Wirtschaft/Politik an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe bei 4,2 Jahreswochenstunden, an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe bei 5,0 Jahreswochenstunden (beide Angaben Schuljahr 2024/25).⁸ Zum Vergleich: Im Schuljahr 2017/18 lagen diese Werte noch bei 3,0 Stunden (Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe) bzw. 4,2 Stunden (Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe).

Gleichzeitig sank die Anzahl der Gemeinschaftsschulen (mit und ohne Oberstufe), die das Fach Wirtschaft/Politik mit weniger als vier Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I unterrichten, deutlich: Betrug

diese Anzahl im Schuljahr 2017/18 noch 70 Gemeinschaftsschulen (38,67 Prozent der Gemeinschaftsschulen)⁹, belief sie sich im Schuljahr 2024/25 nur noch auf zwölf Gemeinschaftsschulen (6,52 Prozent).

Die Einführung des verbindlichen Mindestkontingents für das Fach Wirtschaft/Politik hat somit die Unterrichtsversorgung an den Gemeinschaftsschulen verbessert. Die angekündigte weitere Erhöhung des Mindestkontingents auf sechs Jahreswochenstunden in der Sekundarstufe I für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ab dem Schuljahr 2027/28¹⁰ wird diese Entwicklung fortsetzen und ist daher zu begrüßen.

2.1.3 Fachunterricht an Berufsschulen

An Berufsschulen findet der Politikunterricht im Fach Wirtschaft/Politik statt, das in der Regel zweistündig pro Woche unterrichtet werden soll. In der Lehramtsausbildung für dieses Fach besteht an der *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel* (Profil Wirtschaftspädagogik) nach wie vor das strukturelle Problem, dass Studierende das Fach Wirtschaftswissenschaft zwar mit elf weiteren Fächern, nicht aber mit dem Fach Wirtschaft/Politik kombinieren können. Dies führt in der Praxis an den Berufsschulen dazu, dass das Schulfach Wirtschaft/Politik von Lehrkräften unterrichtet wird, die überwiegend kein politik-

⁸ Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Antwort der Landesregierung – Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, LT-Drs. 20/4113 vom 26.02.2026.

⁹ Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Antwort der Landesregierung – Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, LT-Drs. 19/1753 vom 23.10.2019.

¹⁰ Vgl. Plenarprotokoll vom 19.06.2025 sowie Ankündigung des Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 19.06.2025.

wissenschaftliches oder politikdidaktisches Studium absolviert haben. Die fundierte Vermittlung der politischen Themen des Wirtschaft/Politik-Unterrichts ist daher nicht gewährleistet.

2.1.4 Demokratiebildung als schulische Gesamtaufgabe

Die Demokratiebildung als schulische Gesamtaufgabe bildet einen wichtigen komplementären Ansatz zum Fachunterricht der politischen Bildung. Diese Aufgabe ergibt sich aus dem allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen, insbesondere den Bildungs- und Erziehungszielen (§ 4 SchulG). Diese Ziele wurden mit Wirkung zum 1. August 2024 noch einmal erweitert und die Demokratiebildung wurde als Ziel herausgehoben. Es ist zu begrüßen, dass u. a. die „Erziehung des jungen Menschen zur freien Selbstbestimmung in Achtung Andersdenkender, zum politischen und sozialen Handeln und zur Beteiligung an der Gestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ (§ 4 Abs. 3 SchulG) dem Gesetz als Ziel hinzugefügt wurde. Ebenso ist die Erweiterung zu begrüßen, dass Schüler:innen befähigt werden sollen, „zum friedlichen Zusammenleben der Menschen beizutragen, sich gegen Antisemitismus, Rassismus und jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen sowie der Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts und der Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems entgegenzutreten“ (§ 4 Abs. 5 SchulG).

Zur Demokratiebildung sollen und können alle Schulfächer sowie fächerübergreifende und außerunterrichtliche Bildungsangebote ihren Beitrag leisten. Die tatsächlichen Angebote zur Demokratiebildung sind jedoch von Schule zu Schule unterschiedlich ausgeprägt, da verbindliche Vorgaben oder allgemeine

Standards fehlen. Oft hängen die Angebote vom besonderen Engagement einzelner Lehrkräfte oder Kollegien ab. Hier wäre es dringend angeraten, seitens des *Ministeriums für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur* einen Orientierungsrahmen zur Demokratiebildung zu erlassen, der verbindliche Mindeststandards und gute Praxisbeispiele formuliert. Auf dieser Grundlage müsste jede Schule ein Konzept zur Demokratiebildung entwickeln, um die Umsetzung der o.g. Bildungs- und Erziehungsziele auch tatsächlich zu erreichen.

Bei der Überarbeitung von Fachanforderungen sollte für jedes Schulfach zukünftig ausgewiesen werden, welchen Beitrag zur Demokratiebildung (i. S. v. § 4 SchulG) dieses Schulfach leisten kann. Ebenso sollten in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Schulfächer demokratiebildende Querschnittsthemen stärker berücksichtigt werden.

Da Demokratiebildung nicht rein kognitiv, sondern auch durch die Erfahrungen des eigenen Handelns erfolgt, kommt realen demokratischen Handlungsmöglichkeiten im Kontext Schule ein besonderer Stellenwert zu. Hier sind in erster Linie innerschulische Beteiligungsmöglichkeiten von Schüler:innen, wie z. B. Klassenrat und Schüler:innenvertretungen, sowie die Mitbestimmung in Unterrichtssituationen und in Schulkonferenzen, zu nennen. Aber auch reale demokratische Handlungen, die – beispielsweise projektbasiert – aus der Schule hinaus in die Gesellschaft wirken, haben ein hohes demokratisches Bildungspotenzial.

Außerdem sind für gelingende politische Bildungsprozesse die Begegnung mit realer Politik und den dort handelnden Personen besonders förderlich. Diese Begegnungen können außerschulisch erfolgen (z. B. durch Besuche des Landtages, der Kommunalvertretungen oder weiterer politischer Organisationen und Vertreter:innen) oder durch die Einladung von Politiker:innen in Schulen. Der Erlass zur politischen Bildung in Schulen¹¹ hebt dieses Bildungsopo-

¹¹ Vgl. Erlass zur politischen Bildung in Schulen des Ministeriums für Schule und Berufsbildung vom 6. Juli 2016.

tenzial hervor und zeigt Pflichten zur Einbindung von Politiker:innen in Schulveranstaltungen auf. Es zeigte sich im Berichtszeitraum vermehrt im Zusammenhang mit Diskussionsveranstaltungen in Schulen vor Wahlen, dass der o. g. Erlass den Schulleitungen zu wenig Handlungsspielräume für Einzelfallentscheidungen eröffnet, wenn extremistische Parteien Politiker:innen in Schulen entsenden. Hierzu besteht – auch mit Blick auf die Landtagswahl 2027 – dringender Reformbedarf.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung hat im Berichtszeitraum zahlreiche Angebote zur Demokratiebildung an Schule bereitgestellt. Diese wurden sehr gut angenommen und waren in den meisten Fällen ausgebucht. Die Tätigkeiten des Landesbeauftragten im Handlungsfeld *Politische Bildung in der Schule* lassen sich wie folgt zusammenfassen: projektbezogene Kooperationen (z. B. *Jugend debattiert*, *Journalismus macht Schule*, *Europäischer Wettbewerb*), Durchführung von Fachtagen und Projekttagen (z. B. *Deine*

Grundrechte, *Escape Europa*), Vorträge und Workshops an Schulen (u. a. *Tatort soziale Netzwerke*, *Wohin steuert EU*ropa?*, Poetry-Slam-Workshops zum Thema Stolpersteine), Veranstaltungen mit Zeitzeugen zu Nationalsozialismus und SED-Diktatur (u. a. Ivar Buterfas-Frankenthal, Siegfried Wittenburg), Fortbildungen für Lehrkräfte (u. a. *Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein*, *Antidiskriminierungstag*, *KI im Klassenzimmer*), Herausgabe von Unterrichtsmaterialien (u. a. *Judentum – Israel – Antisemitismus*, *Demokratie direkt vor unserer Tür*, *Geschichten um die Cap Arcona*) sowie Schulprojekte im Vorfeld von Wahlen (*Wahl-O-Mat zum Aufkleben*, *Juniorwahl*, Diskussionsveranstaltungen gemeinsam mit dem *Verband Politischer Jugend*; siehe dazu ausführlich Kapitel 5).

2.2 Außerschulische politische Jugendbildung

Das Handlungsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung umfasst insbesondere die verbandliche und offene Kinder- und Jugendarbeit, die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Projekte mit Jugendbildungsstätten oder weiteren Trägern der Jugendbildung. Koordiniert werden die Aktivitäten in Schleswig-Holstein in der Arbeitsgemeinschaft „Politische Jugendbildung“.

2.2.1 Verbandliche Kinder- und Jugendarbeit

Die verbandliche Jugendarbeit bildet ein breites Spektrum gesellschaftlichen Engagements ab. In Jugendverbänden kommen Kinder und Jugendliche zusammen, werden gemeinsam aktiv, gestalten ihre Freizeit und engagieren sich für ihre Interessen. Jugendverbände verfügen über eine verbandliche Organisation, die Partizipation ermöglicht, das Engagement strukturiert und eine Vielzahl an Bildungsangeboten bereitstellt. Die Arbeit der Verbände wird überwiegend ehrenamtlich getragen. Neben dem hohen Organisationsgrad ist dieser Bereich durch Freiwilligkeit und hohes Engage-

128

Workshops im
Projekt *Tatort soziale
Netzwerke*

77

teilnehmende
Schulen im
Wettbewerb *Jugend
debattiert* (2025)

1.845

Downloads des
Unterrichtsmaterials
*Demokratie direkt
vor unserer Tür*

ment der Heranwachsenden geprägt. Auch wenn die politische Bildung bei vielen Aktivitäten der Jugendarbeit nicht explizit im Mittelpunkt steht, leistet die verbandliche Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und demokratischen Sozialisation von Jugendlichen. Hierbei lernen junge Menschen, ihre Interessen zu artikulieren, diese mit anderen abzustimmen und Kompromisse zu finden. Da die verbandliche Selbstorganisation nicht nur die Wahl von Repräsentant:innen und Gremien, sondern auch die demokratische Teilhabe an Entscheidungen umfasst, lernen Jugendliche in ihrem Engagement demokratische Prozesse und Strukturen kennen. Das Wissen um demokratische Abläufe und Erfahrungen mit politischer Entscheidungsfindung sind daher ebenfalls Ergebnisse verbandlicher Jugendbildung. Bildungsaktivitäten für Vielfalt, die demokratische Kultur und gegen Extremismus im Rahmen der verbandlichen Jugendbildung nahmen im Berichtszeitraum stetig zu und wurden durch den Landesbeauftragten für politische Bildung vermehrt unterstützt.

2.2.2 Offene Kinder- und Jugendarbeit

Ein weiterer wichtiger Bereich im Handlungsfeld der außerschulischen politischen Jugendbildung ist die offene Kinder- und Jugendarbeit mit ihren ca. 290 Jugendzentren und -treffs in Schleswig-Holstein. Bemerkenswert an diesem Handlungsfeld ist, dass die Jugendlichen sich freiwillig für gemeinsame Aktivitäten treffen und dass die Angebote kaum formalisiert sind. Die Orte der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind – wenn wohnortnah und mit entsprechenden Öffnungszeiten versehen – vergleichsweise niedrigschwellig und flexibel in Bezug auf mögliche (politische) Bildungsangebote.

Die freiwillige Teilnahme und die Freiräume in den Einrichtungen, die eine Orientierung an den Interessen der Heranwachsenden ermöglichen, sind wichtige Kennzeichen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Sie ermöglichen es den pädagogischen Mitarbeiter:innen in den Jugendzentren und -treffs, eine vertrauensvolle Beziehung zu den Kindern und Jugendlichen aufzu-

bauen. So können die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit unter Einbeziehung der Jugendlichen selbst entstehen und sie zur Selbstbestimmung befähigen. Weiterhin sind Jugendzentren und -treffs auch Anlaufpunkte für Jugendliche, die aus unterschiedlichen Gründen an anderen sozialen Aktivitäten von Gleichaltrigen nicht teilnehmen. Die Orte der offenen Kinder- und Jugendarbeit bieten daher die Chance, auch diese jungen Menschen mit politischen Bildungsangeboten zu erreichen. Außerdem können sie in den Jugendzentren und -treffs praktisch erfahren, was es bedeutet, an Entscheidungsprozessen selbst beteiligt zu sein. Eine hinreichende finanzielle und personelle Ausstattung von kommunalen Jugendzentren und Jugendtreffs ist unabdingbare Voraussetzung, um niedrigschwellige politische Bildungsangebote im o.g. Sinne anbieten zu können.

2.2.3 Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung

Zur außerschulischen politischen Jugendbildung gehört auch die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung. In Schleswig-Holstein existieren 98 ständige Kinder- und Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene und damit ca. 30 mehr als zum Stichtag des Berichts in der 19. Wahlperiode (30. Juni 2020). In den unterschiedlichen Vertretungsgremien partizipieren junge Menschen an kommunalen Entscheidungen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 47 f. der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO-SH), der eine angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen betreffen, vorschreibt. Institutionalisierte Kinder- und Jugendvertretungen sowie weitere anlass- oder projektbezogene Beteiligungsformen bieten Jugendlichen eine rechtlich garantierte Möglichkeit, sich in kommunalpolitischen Themen ein Urteil zu bilden, ihre Interessen zu artikulieren und an Entscheidungen beteiligt zu werden.

Da sich die Jugendlichen für die kommunalen Kinder- und Jugendgremien selbst zur Wahl stellen müssen, sammeln sie Erfahrungen mit politischen Prozessen.

Wenn sie dann als gewählte Mitglieder der Kinder- und Jugendvertretungen in den Kommunalvertretungen und den Ausschüssen mit Rede- und Antragsrecht vertreten sind, lernen sie kommunale Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen sowie Akteur:innen in ihren Gemeinden kennen. Durch diese Erfahrungen eignen sich die Jugendlichen nicht nur Wissen über politische Strukturen und demokratische Entscheidungsfindungen an, sondern können politische Selbstwirksamkeit erleben.

Mit Projekten wie etwa der landesweiten Initiative *#LaWa_SH* sowie dem jährlichen Vernetzungswochenende aller Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein, *PartizipAction!*, unterstützt der Landesbeauftragte für politische Bildung seit vielen Jahren die Kinder- und Jugendvertreter:innen ebenso wie begleitende Fachkräfte der Jugendarbeit.

Trotz des zahlenmäßigen Anstiegs der Kinder- und Jugendvertretungen (s. o.) sollte von Seiten des Landes die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung noch stärker unterstützt werden. Dies könnte nicht nur durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien für Kommunen (Leitfaden zur Gründung von Kinder- und Jugendvertretungen, Bereitstellung einer Musteratzung), sondern etwa durch eine Werbekampagne oder einen Wettbewerb, der zusätzliche Mittel für die Kommunen auslobt, erfolgen. Außerdem sollte über die Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle für die Koordination und Unterstützung der kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen sowie für die Gründung und Beratung neuer Gremien und Projekte zur Kinder- und Jugendbeteiligung beraten werden.

2.2.4 Weitere Projekte zur politischen Jugendbildung

Der Landesbeauftragte für politische Bildung organisiert außerdem einzelne Jugendprojekte mit Jugendbildungsstätten oder weiteren Trägern. Auch dieser Bereich ist durch die Freiwilligkeit der Jugendlichen, sich an den Workshops oder Seminaren zu beteiligen, und die Offenheit und Flexibilität in Bezug auf mögliche Bildungsangebote gekennzeichnet. Ein weiteres

wichtiges Merkmal besteht darin, dass es sich häufig um einmalige Angebote zu einem spezifischen Thema handelt und die Teilnehmer:innen einander unbekannt sind.

2.2.5 Akteure und Kooperationspartner:innen

Die hohe Anzahl an Akteur:innen in der außerschulischen politischen Jugendbildung führt dazu, dass in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit die jeweiligen Dachorganisationen die wichtigsten Kooperationspartner:innen in diesem Handlungsfeld darstellen. Im Bereich der verbandlichen Jugendarbeit ist der *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* mit seinen 23 Mitgliedsverbänden, weiteren Anschlussverbänden und auf diese Weise etwa 500.000 Mitgliedern der wichtigste Kooperationspartner für den Landesbeauftragten. In der offenen Jugendarbeit ist es das *Netzwerk Offene Kinder- und Jugendarbeit in Schleswig-Holstein (OKJA-SH)*, das ein – weiterhin nur ehrenamtlich getragenes – landesweites Gremium der haupt- und ehrenamtlichen Jugendpfleger:innen darstellt.

Angesichts der Vielzahl an Vertretungsgremien stellen auch im Bereich der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung landesweite Initiativen, Institutionen und Formate Partner:innen für eine Zusammenarbeit dar. Zu nennen sind hier vorrangig die für Kinder- und Jugendbeteiligung zuständige Servicestelle im *Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (MSJFSIG)*, das gemeinsam mit dem *Kreisjugendring Stormarn e. V.* sowie dem *MSJFSIG* angebotene Landesforum *PartizipAction!*, sowie die Jugendinitiative zu den landesweiten Wahlen *#LaWa_SH*. Als weitere landesweite Partner:innen sind im Bereich von Bildungsangeboten für Freiwilligendienstleistende die *Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) e. V.* sowie die *Landesarbeitsgemeinschaft Partizipation in den Hilfen zur Erziehung (LAG Parti)* im Bereich der Multiplikator:innenfortbildung der Fachkräfte für soziale Arbeit anzuführen. Neben diesen landesweit aktiven Akteur:innen sind die *Internation*



Außerschulische politische Jugendbildung: Dr. Christian Meyer-Heidemann im Gespräch mit Vertreter:innen kommunaler Jugendbeteiligung am 30. Juni 2023 im Kieler Landeshaus. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Nils Quentel.

tionale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg und die JugendAkademie Bad Segeberg als wichtigste Kooperationspartner:innen im Bereich der außerschulischen politischen Bildung zu nennen.

2.2.6 Arbeitsgemeinschaft „Politische Jugendbildung“

Die landesweite Zusammenarbeit im Bereich der außerschulischen politischen Jugendarbeit wird seit 2017 in der beim Landesbeauftragten für politische Bildung angesiedelten Arbeitsgemeinschaft „Politische Jugendbildung“ koordiniert. Das Netzwerk OK-JA-SH, der Landesjugendring, das MSJFSIG, das MB-WFK, die genannten Bildungsstätten sowie weitere landesweit aktive Organisationen sind Mitglieder

dieser AG, die auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung ca. vier Mal pro Jahr tagt. In 2026 resultierte aus der Arbeitsgemeinschaft heraus erstmalig ein Fachtag für Fachkräfte der politischen Jugendbildung, der die Fortbildung der Multiplikator:innen im Land zum Schwerpunkt hatte.

2.2.7 Beispiele

Beispiele für die Tätigkeiten des Landesbeauftragten für politische Bildung im Handlungsfeld der außerschulischen politischen Bildung waren im Berichtszeitraum die Vernetzung der Akteur:innen in der AG *Politische Jugendbildung*, die Koordination und Begleitung der jährlichen *Jugendaktionskonferenz* im Landeshaus, die Unterstützung von Fach- und Fortbil-

dungstagen für Multiplikator:innen, die jährliche Kooperation im Landesforum für Kinder- und Jugendvertretungen *PartizipAction!*, die Pflege des Informationsportals zur Kinder- und Jugendbeteiligung unter politische-bildung.sh/jugend, die Unterstützung der landesweiten Wahlen der kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen *#LaWa_SH*, die Entwicklung und Durchführung eines Bildungsangebots für Freiwilligendienstleistende sowie mehrere Formate und Veranstaltungen für junge (Erst-)Wählende (siehe ausführlich im Kapitel 5).

Außerschulische politische Jugendbildung: Das aus jungen Erwachsenen und Jugendlichen bestehende Planungsteam der *Jugendaktionskonferenz* am 2. Juni 2025 im Kieler Landeshaus.
Foto: Niklas Saffran.



2.3 Politische Erwachsenenbildung

Das Handlungsfeld der politischen Erwachsenenbildung ist geprägt durch eine Vielzahl an Institutionen, Akteur:innen und Formaten. Politische Erwachsenenbildung will Interesse für Politik wecken, politisches und historisches Wissen vermitteln und die politische Urteilkraft stärken. Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung bieten einen Raum, in dem Bürger:innen sachlich und konstruktiv über politische und historische Themen diskutieren können. Darüber hinaus beabsichtigt politische Bildung in diesem Handlungsfeld, Bürger:innen zur Teilnahme an politischen Beratungs- und Entscheidungsprozessen zu motivieren und zu befähigen.

2.3.1 Formate der politischen Erwachsenenbildung

Das Angebot im Handlungsfeld der politischen Erwachsenenbildung umfasste im Berichtszeitraum Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, aber auch Workshops, Tagungen, Lesungen und Ausstellungen. Des Weiteren fanden z. B. als Bildungsurlaub anerkannte Seminare in Kooperation mit der *Nordsee Akademie Leck* zu Erinnerungskulturen an der Westküste sowie Tagesseminare zum Umgang mit rechtspopulistischen Aussagen und Verschwörungsmythen im *Nordkolleg Rendsburg* statt. Bei allen Formaten konnte sich das Publikum durch Fragen und Diskussionsbeiträge beteiligen.

Im Rahmen von Abendveranstaltungen gab es zahlreiche Formate zur historischen Bildung, die u. a. mit der schleswig-holsteinischen Arbeitsgemeinschaft von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* durchgeführt worden sind. Erfolgreiche Reihen wie *Die Zukunft der Parteiendemokratie* oder das *Deutsch-Französische Dialogforum* wurden fortgesetzt. Als Redner:innen und Diskutant:innen für Abendveranstaltungen werden stets Personen mit hoher Fachexpertise eingeladen. Ein besonders herausragendes



Bundespräsident a. D. Joachim Gauck und Dr. Christian Meyer-Heidemann vor dem Gästehaus der Landesregierung. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Dr. Hauke Petersen.

Ereignis war dabei ein Vortrag des Altbundespräsidenten Joachim Gauck im September 2022.

Ein neues Format im Bereich der politischen Erwachsenenbildung hat der Landesbeauftragte für politische Bildung gemeinsam mit dem *Landesverband der Volkshochschulen e. V.* 2024 und 2025 mit der *Langen Nacht der Demokratie* etabliert: Dezentral fanden jeweils am 2. Oktober insgesamt über 150 Veranstaltungen im gesamten Land statt, die sich niedrigschwellig mit unserer Demokratie auseinandersetzten.



Die *Lange Nacht der Demokratie* am 2. Oktober 2024 im Kieler Landeshaus. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/ Franziska Schlachter.

Insbesondere seit Anfang 2024 unterstützte der Landesbeauftragte für politische Bildung vermehrt lokale Initiativen, die sich vor Ort für die Demokratie und die Abwehr rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen einsetzen. Politische Erwachsenenbildung dient mithin auch dazu, Bürger:innen in ihrem Engagement für unsere Demokratie zu stärken und Räume zu öffnen, um über aktuelle politische Herausforderungen zu diskutieren.

2.3.2 Akteure und Kooperationspartner:innen

Der Landesbeauftragte für politische Bildung kooperiert im Bereich der politischen Erwachsenenbildung mit zahlreichen Partner:innen, z. B. mit den parteinahen Bildungseinrichtungen und Stiftungen, der

Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.*, dem *Landesverband der Volkshochschulen e. V.*, dem *LandesFrauenRat Schleswig-Holstein e. V.*, dem *Jüdischen Museum in Rendsburg*, dem *Literaturhaus Schleswig-Holstein e. V.*, dem *Kulturforum Schleswig-Holstein e. V.*, dem *Theater Kiel AöR* sowie weiteren Vereinen und Institutionen. 2023 wurde gemeinsam mit dem *Landesverband der Volkshochschulen e. V.* die *Arbeitsgemeinschaft Politische Erwachsenenbildung* gegründet, in der sich regelmäßig Akteur:innen aus diesem Bereich über aktuelle Herausforderungen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit austauschen. Mitglieder der AG kommen u. a. aus den parteinahen Bildungseinrichtungen, der *Evangelischen Akademie der Nordkirche*, der *Europa Union Schleswig-Holstein e. V.*, der *Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Erinnerungsorte*

Schleswig-Holstein e. V. und einzelnen Volkshochschulen. Ein Ergebnis dieser Vernetzung war ein Fachtag zu rechtsextremen Einflussnahmen auf politische Bildung, der im Mai 2025 in Rendsburg stattfand.

2.3.3 Veranstaltungsorte

Das Ziel des Landesbeauftragten für politische Bildung ist, im gesamten Bundesland mit Veranstaltungen zur politischen Erwachsenenbildung präsent zu sein. Dafür werden Kooperationen mit lokalen und regionalen Initiativen und Vereinen eingegangen, um entsprechende Zielgruppen vor Ort zu erreichen. Zugleich bleibt das Landeshaus in Kiel als Sitz des Schleswig-Holsteinischen Landtages mit seiner repräsentativen Ausstrahlung ein beliebter Veranstaltungsort. Veranstaltungen im Landeshaus sind in der Regel sehr gut nachgefragt.

Eine wesentliche Herausforderung besteht weiterhin darin, Menschen zu erreichen, die sich weder politisch engagieren noch bereits politisch interessiert sind. Sie bilden eine für die politische Bildung schwer zu erreichende Zielgruppe. Aber auch diejenigen, in deren Alltag politische Bildungsangebote mit Beruf, Familie, Sport, Kultur und weiteren Freizeitangeboten konkurrieren, stellen eine Herausforderung für die politische Bildungsarbeit dar. Insbesondere bringen Senior:innen Zeit und Interesse für Angebote der politischen Erwachsenenbildung auf. Überwiegend werden klassische Präsenzformate (Vorträge, Diskussionsrunden) in Form von Abendveranstaltungen nachgefragt. Dies ist auch das Ergebnis einer Anfang 2025 durchgeführten Online-Umfrage des Landesbeauftragten für politische Bildung unter den Abonnent:innen seines Newsletters.



Die ehrenamtliche Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie tagt regelmäßig beim Landesbeauftragten für politische Bildung. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Finn Lipovsek.



Politische Erwachsenenbildung:
Die Veranstaltung *Nationalsozialismus. Aufstieg – Macht – Niedergang – Nachgeschichte* am 8. Mai 2023 im Kieler Landeshaus, v. l. n. r.: Dr. Hauke Petersen, Stellvertreter des Landesbeauftragten für politische Bildung; Prof. Dr. Gerhard Paul, Europa-Universität Flensburg; Dr. Sabine Moller, Werkstatt 20. Jahrhundert in Kiel. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung.

2.4 Zielgruppenspezifische Angebote

Im Bereich der zielgruppenspezifischen Angebote gilt es, Projekte zu konzipieren und zu unterstützen, die den grundlegenden Orientierungsbedürfnissen der jeweiligen Zielgruppen entsprechen. Für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen wurden etwa spezifische mehrsprachige politische Bildungsangebote durchgeführt. Für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung wurden niedrigschwellige Formate entwickelt und umgesetzt. Wie im Gesamtangebot des Landesbeauftragten für politische Bildung steht auch bei den zielgruppenspezifischen Angeboten nicht allein die Vermittlung von Wissen im Vordergrund, sondern ebenso die Vermittlung der wertebasierten Grundlagen des freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens.

2.4.1 Bildungsangebote für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrungen

Die Besonderheit von Bildungsformaten für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung besteht in dem muttersprachlichen bzw. mehrsprachigen Angebot für die Teilnehmer:innen. Herausforderungen in den Bildungsangeboten sind dabei z. B. die unterschiedlichen Vorerfahrungen mit politischen Systemen sowie unterschiedliche Schulbildungsniveaus der Teilnehmenden. Um Wissen über das demokratische System Deutschlands zu vermitteln, politische Teilhabe und Mitbestimmung zu fördern und Teilnehmende vor Falschinformationen – insbesondere in den Sozialen Medien – zu schützen, sind diese Bildungsangebote unabdingbar. Im Berichtszeitraum hat das 2020 gegründete Projekt *Die Öffnung der Familie* in Kooperation mit der *Zentralen Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant:innen e. V. (ZBBS)* fünf



Feierlicher Abschluss des Projektes: Idun Hübner (ZBBS) und Dr. Christian Meyer-Heidemann überreichen im Dezember 2024 den Teilnehmer:innen des Kurses *Die Öffnung der Familie* ihre Zertifikate im Kieler Ratssaal. Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung/Franziska Schlachter.

Jahre lang zugewanderte Familien eingeladen, sich zu informieren und einen Raum für Austausch geboten. In Frauen- und Männergruppen wurden Workshops auf Arabisch, Farsi und Tigrinya zu verschiedenen politischen und kulturellen Themen veranstaltet. Gesprochen wurde mit Expert:innen über das gesellschaftliche Zusammenleben, die Demokratie, den Umgang mit Rassismus, Gleichberechtigung bis hin zur Rolle als Elternteil. Zudem unterstützte der Landesbeauftragte jährlich das Kieler Projekt *Kulturwochen – Der andere Blick* in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein e. V. und der ZBBS. Kurdische, syrische, afghanische und iranische Kulturwochen boten jeweils einen multikulturellen Begegnungsraum, veranschaulichten mit diversen Kunst-, Kultur- und Bildungsangeboten die Vielfalt der Kulturen und bauten Rassismus ab.

2.4.2 Bildungsangebote für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen

Noch immer gibt es zu wenig zielgruppengerechte politische Bildungsangebote für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen. Für diese Zielgruppe besteht u. a. die Notwendigkeit, leichte bzw. einfache Sprache in Angebote einzubinden. Der Landesbeauftragte für politische Bildung gab Hefte mit Wahlhilfen in leichter Sprache zur Europawahl 2024 und zur Bundestagswahl 2025 heraus. Das Material zur Bundestagswahl 2025 wurde gemeinsam mit Beschäftigten einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) in Eutin den Medien präsentiert.

Darüber hinaus entstand die Idee eines wahlunabhängigen Bildungsformats. Von September 2023 bis Juni 2024 haben der Landesbeauftragte für politische Bildung und die *Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen* daher ein Pilotprojekt zur politischen Bildung in Werkstätten für behinderte Menschen initiiert und durchgeführt. Mit dem Ziel, Grundlagen



Beschäftigte der Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Eutin stellen gemeinsam mit Dr. Christian Meyer-Heidemann (M.) Materialien zur Bundestagswahl 2025 in Leichter Sprache der Öffentlichkeit vor.
Foto: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag/Kay Müller.

der Politik und Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort im Rahmen der Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten in WfbM zu vermitteln, wurden Teamer:innen geschult, gemeinsam mit Werkstatträtern Workshops entwickelt und diese anschließend in je einer WfbM in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt durchgeführt. Die Bildungsmaterialien wurden anschließend den Fachkräften übergeben, sodass ein Impuls für eine weitergehende Thematisierung gegeben wurde. Eine Abschlussveranstaltung im Landeshaus mit Landespolitiker:innen, Teilnehmenden und Interessierten am 17. Juni 2024 schloss das Projekt erfolgreich ab.

2.5 Publikationen

Der Landesbeauftragte für politische Bildung bietet zahlreiche Publikationen (Bücher, Broschüren, Unterrichtsmaterialien etc.) zu politischen und historischen Themen an. Die Publikationen werden kostenfrei oder gegen eine geringe Bereitstellungspauschale abgegeben und an alle Schleswig-Holsteiner:innen portofrei versendet. Durch eine intensive Kooperation mit den Landeszentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung werden regelmäßig aktuelle Verlagstitel in Form von vergünstigten Sonderausgaben in das Angebot aufgenommen.

Hauptziel der Verbreitung von Publikationen ist die Vermittlung von Informationen, die zu Einsichten und Wissen, aber auch zu Denkanstößen auf allen Gebieten des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens führen sollen. Die Publikationen bieten seriöse und wissenschaftlich gesicherte Informationen, um gegenwärtige Entwicklungen, Krisen und Zukunftsherausforderungen zu erkennen sowie in politischen Diskussionen fundiert darüber mitreden und urteilen zu können.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung hat fortlaufend etwa 100 verschiedene Titel im Angebot, die auf der Webseite des Landesbeauftragten bestellt werden können. Zudem besteht bei Veranstaltungen regelmäßig die Möglichkeit, themenverwandte Publikationen an einem Büchertisch zu erhalten.

Die Bandbreite des Publikationsangebotes reicht von Fragen der Digitalisierung über zahlreiche historische und landeskundliche Werke bis hin zu Büchern, die sich mit gesellschaftspolitischen Debatten und mit Fragen zur Zukunft der Demokratie befassen. Über Kinderbücher und Graphic Novels werden zudem auch jüngere Zielgruppen altersgerecht erreicht. Außerdem ist der Landesbeauftragte für politische Bildung zu ausgewählten Themen selbst publizistisch tätig. Im Berichtszeitraum wurde etwa das Unterrichtsmaterial *Judentum, Antisemitismus, Israel. Anregung für den Unterricht in der Sekundarstufe I/II* gemeinsam mit dem *Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein (IQSH)* herausgegeben. 2026 hat der Landesbeauftragte in Kooperation

mit der *Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* Unterrichtsmaterialien zu Gedenk- und Erinnerungstagen veröffentlicht. 2025 erschien die dritte Auflage der Broschüre *Schleswig-Holstein und seine nationalen Minderheiten*. Im Vorfeld von Wahlen werden regelmäßig Informationsbroschüren – auch in leichter Sprache – durch den Landesbeauftragten herausgegeben, zuletzt zur Bundestagswahl 2025. Besonderer Beliebtheit erfreut sich ebenso die Landkarte Schleswig-Holstein, die regelmäßig in hoher Stückzahl nachgedruckt wird.

Das gesamte Publikationsangebot ist auf der Webseite des Landesbeauftragten für politische Bildung unter politische-bildung.sh/shop zu finden.



Umfangreiches Publikationsangebot für Bürger:innen: Der Publikationsraum des Landesbeauftragten für politische Bildung im Karolinenweg 1 in Kiel. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Dr. Hauke Petersen.

55.153

abgegebene Publikationen im
Berichtszeitraum

7.697

einzelne Bestellungen

ca.

100

aktuelle Titel im
wechselnden
Angebot

2.6 Digitale politische Bildungsangebote

Der Landesbeauftragte für politische Bildung stellt digitale Angebote zur politischen Bildung zur Verfügung. Neben der Webseite politische-bildung.sh und der Präsenz in den sozialen Medien bietet er auch digitale Veranstaltungsformate an.

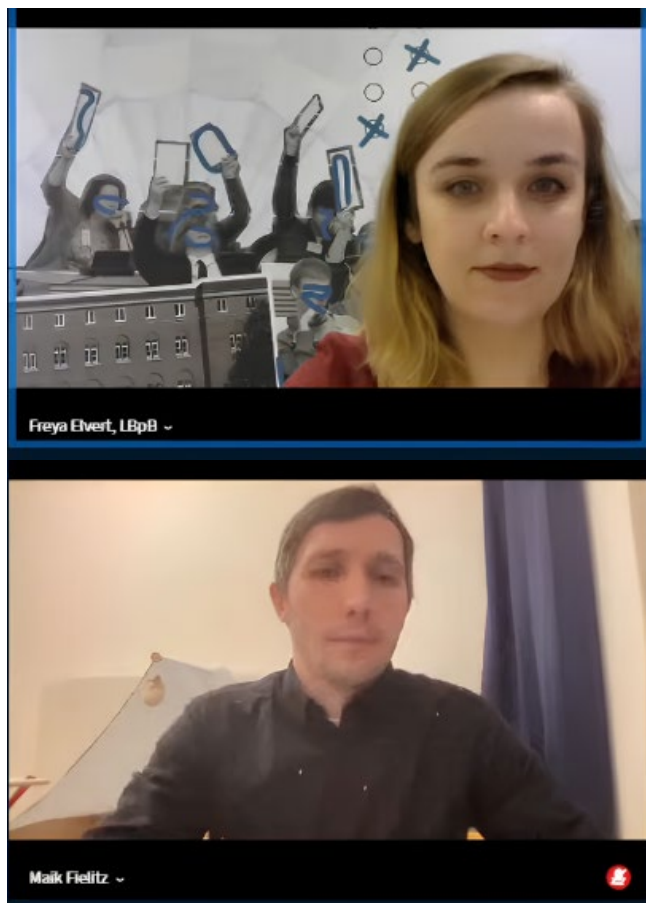
2.6.1 Digitale Veranstaltungsformate

Im Berichtszeitraum wurden die digitalen Angebote im Verlauf der COVID-19-Pandemie – aber auch darüber hinaus – verstetigt und professionalisiert. In den Pandemiejahren 2020 bis 2022 wurde zunächst primär auf Webtalks und Onlineformate gesetzt, in den darauffolgenden Jahren wurden vereinzelt Angebote digital bzw. hybrid realisiert. Exemplarisch zu nennen sind hierbei die Webtalks zur US-Wahl 2020 (21. Januar 2021), zu Verschwörungserzählungen (26. Mai 2021 und 13. Dezember 2021), zu Hass auf Telegram (21. Februar 2022) oder zu Desinformation im russischen Angriffskrieg (22. Februar 2024). Diese und weitere netzpolitische Themen werden seitdem jährlich im Rahmen der bundesweiten *Aktionstage Netzpolitik und Demokratie* der Zentralen für politische Bildung ins Zentrum gerückt. Mit der digitalen Sendereihe *Schleswig-Holstein erinnert* wird seit 2021 mit vier Ausgaben pro Jahr das Thema Erinnerungskultur im *Offenen Kanal Schleswig-Holstein* aufbereitet und vertieft. Auch Fachtage, Online-Fortbildungen oder Netzwerktreffen wurden und werden über die Pandemiebeschränkungen hinaus digital bzw. hybrid angeboten.

Durch die digitalen Veranstaltungsformate werden auch Personen erreicht, die üblicherweise nicht an den Präsenzveranstaltungen teilnehmen oder teilnehmen können. Die Teilnehmer:innen können mittels Videokonferenz oder schriftlicher Chatfunktion mit den Referent:innen ins Gespräch kommen. Neben der Möglichkeit, sich im digitalen Veranstaltungsraum an den Diskussionen zu beteiligen, werden die digitalen Formate auf der Webseite des Landesbeauftragten als

Livestream oder Aufzeichnung zur Verfügung gestellt und können teilweise auch nach der Veranstaltung unter politische-bildung.sh/infothek abgerufen werden. Diese digitale Verfügbarkeit macht eine ortsungebundene Teilnahme sowie teilweise sogar eine asynchrone Nutzung möglich, sodass Personen unabhängig vom Zeitpunkt der Veranstaltung die Bildungsangebote nutzen können.

Insbesondere jüngere Menschen, für die Livestreams und Videos zur alltäglichen Mediennutzung gehören, aber auch Menschen in ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins werden über digitale Angebote erreicht.

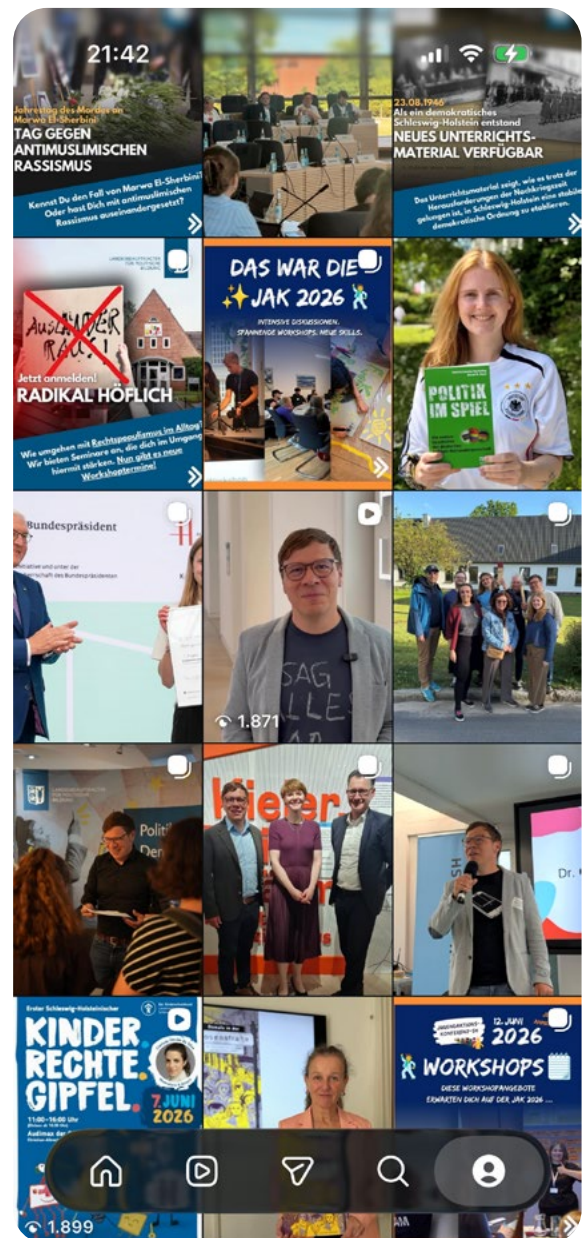


Digitale politische Bildungsangebote: Online-Veranstaltung *Hass per Telegram* am 21.02.2022: Freya Elvert, Referentin beim Landesbeauftragten mit dem Referenten der Veranstaltung, Maik Fielitz. Screenshot: Der Landesbeauftragte für politische Bildung.

2.6.2 Soziale Medien

Die digitalen Angebote des Landesbeauftragten für politische Bildung können über die Webseite politische-bildung.sh sowie auf den Social-Media-Kanälen bei Facebook und Instagram ([@lpb_sh](https://www.instagram.com/lpb_sh)) besucht werden. Die Präsenz des Landesbeauftragten in den sozialen Medien ermöglicht es, auf Bildungsangebote aufmerksam zu machen und insbesondere jüngere Zielgruppen kreativ und zeitgemäß anzusprechen. Auf diesen digitalen Kanälen informiert der Landesbeauftragte über Angebote der politischen Bildung in Schleswig-Holstein.

Dabei werden eigene Projekte und Veranstaltungen sowie aktuelle politische Themen und Netzwerkaktivitäten aufgegriffen. Weiterhin wird auf die vielfältigen Angebote politischer Bildung anderer Akteur:innen im Bundesland aufmerksam gemacht. Im Berichtszeitraum wurden die digitalen Aktivitäten daher erneut erweitert und professionalisiert. Vor allem der Instagram-Account [@lpb_sh](https://www.instagram.com/lpb_sh) ([instagram.com/lpb_sh](https://www.instagram.com/lpb_sh)) steht im Mittelpunkt der Aktivitäten des Landesbeauftragten in den sozialen Medien. Die Anzahl der Follower:innen auf Instagram hat sich hierbei im Verlauf dieser Berichtsperiode mit 3.230 weit mehr als verdoppelt. Außerdem ist der Landesbeauftragte weiterhin auf Facebook vertreten. Die Präsenz des Landesbeauftragten für politische Bildung auf Twitter wurde im September 2023 eingestellt. Nach vielversprechenden Erfahrungen anderer Akteur:innen der politischen Bildung wird perspektivisch eine Ausweitung der Aktivitäten auf die Plattform LinkedIn angestrebt.



Der Landesbeauftragte für politische Bildung bei Instagram.

2.6.3 Webseite

Die Webseite *politische-bildung.sh* wird laufend technisch und graphisch um neue Elemente erweitert, um zeitgemäß politische Bildung anzubieten. Informationen auf Englisch, Dänisch, Plattdeutsch sowie Friesisch sind ebenso wie ein Bereich mit Informationen in leichter Sprache verfügbar. Grundlegende Überarbeitungen der Hintergrundstrukturen und des öffentlichen Auftritts haben im Juni 2023 sowie im Dezember 2024 stattgefunden, um weiterhin den aktuellen Standards bezüglich Datenschutz und Barrierefreiheit zu entsprechen.

2.6.4 Weitere digitale politische Bildungsangebote

Mit der App *Stolpersteine Digital* hat der Landesbeauftragte für politische Bildung ein besonderes digitales politisches Bildungsangebot geschaffen (siehe ausführlich Kapitel 4).

Die digitalen Kanäle bieten auch Raum für neue Ideen der politischen Bildung: So wurde gemeinsam mit anderen *Landeszentralen für politische Bildung* eine Kampagne mit einem Politikinfluencer in den sozialen Medien im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 durchgeführt. Mehrfach wurden die erfolgreichen Beiträge der Kurzfilm-Wettbewerbe des Landesbeauftragten im Vorfeld von Wahlen crossmedial und nachhaltig ausgespielt (mehr dazu in Kapitel 5). Erklärvideos in mehreren Sprachen wurden ebenfalls in Kooperation produziert und auf der Webseite zur Verfügung gestellt.

Die Einrichtung einer Sonderseite auf der Webseite vor Wahlen, die gesammelte Informationen, Videos und Projekte leicht zugänglich macht, hat sich nach

Auswertung der Aufrufzahlen 2021, 2023 und 2025 fest als Informationsquelle für die Bürger:innen etabliert. Bei Instagram rief der Landesbeauftragte beispielsweise 2023 unter dem Hashtag *#auftauchenzurwahl* dazu auf, an den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein teilzunehmen.

Im Rahmen von kurzen und kompakten O-Tönen wurden Referierende und Teilnehmende bei Veranstaltungen darum gebeten, ihre Eindrücke oder Erkenntnisse auch den Interessierten in den sozialen Medien zu schildern.

Follower:innen Instagram:

3.230

Reichweite Instagram
1. Jahreshälfte 2026:

50.093

(Durchschn.: 8.349 pro Monat)

Follower:innen
Facebook:

2409

Sonderseite zur Bundestagswahl 2025
auf der Website:

91.106

Seitenansichten von
60.688 Personen

3.

Themenfelder der politischen Bildung

Der Landesbeauftragte für politische Bildung strukturiert seine Tätigkeit in sieben Themenfelder: Die Auseinandersetzung mit Institutionen, Strukturen und Prozessen der politischen Ordnung (Abschnitt 3.1) ist ebenso zentral wie das historische Lernen und die Erinnerungskultur (Abschnitt 3.2). Ein weiterer Fokus liegt auf bürgerschaftlichem Engagement und der Kinder- und Jugendbeteiligung (Abschnitt 3.3) sowie der Extremismusprävention (Abschnitt 3.4). Das Themenfeld der Digitalisierung und politischen Medienkompetenz hat an Bedeutung gewonnen (Abschnitt 3.5). Hinzu kommt der Bereich der europäischen und internationalen Politik (Abschnitt 3.6). Eine regionale Besonderheit spiegelt das Themenfeld Schleswig-Holstein und seine Minderheiten wider (Abschnitt 3.7).

3.1 Grundfragen der politischen Ordnung

Die Vermittlung und Reflexion von Grundfragen der politischen Ordnung sind eine dauerhafte Aufgabe politischer Bildung. Dieses Themenfeld beinhaltet Aktivitäten und Projekte, die sich mit den zentralen Strukturen, Prozessen und Institutionen der politischen Ordnung in Deutschland und seinen tragenden Akteur:innen auseinandersetzen. Ebenso werden grundlegende Werte und Normen der freiheitlich-demokratischen Ordnung thematisiert.

Eine Konstante im Jahreskalender des Landesbeauftragten für politische Bildung ist die Ausrichtung der Landesqualifikation und des Landesfinales von *Jugend debattiert*. Schüler:innen üben in diesem Wettbewerb den sachlichen und faktenbasierten Diskurs über gesellschaftspolitische Themen ein. Sie erlernen und erleben so, dass politische Auseinandersetzungen und konstruktive Diskurse zu den Grundlagen unserer Demokratie gehören. Die landesweit ca. 12.000 Teilnehmer:innen von *Jugend debattiert* treten mit guten Gründen für einen ihnen zuvor zugewiesenen Standpunkt (Pro oder Contra) ein und erkennen in der Debatte, dass es auch für die Gegenposition überzeugende Argumente gibt. Im Landesfinale treten in zwei Altersgruppen je vier Jugendliche gegeneinander an. Die besten zwei Schleswig-Holsteiner:innen je Altersgruppe qualifizieren sich für den Bundesentscheid. Das Jahr 2026 verlief aus Sicht von Schleswig-Holstein besonders erfolgreich: Drei Jugendliche zogen in das Bundesfinale ein, Smilla Egtved aus Bad Schwartau wurde schließlich sogar Bundesiegerin in der Altersgruppe 2. *Jugend debattiert* steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten. Gefördert wird das Projekt von der *Gemeinnützigen Hertie-Stiftung* und der *Heinz Nixdorf Stiftung* sowie dem *Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Die *Kultusministerkonferenz* ist Partnerin von *Jugend debattiert*. In Schleswig-Holstein wird das Projekt auf Landesebene vom Landesbeauftragten für politische Bildung und dem *Ministerium für Allgemeine und Berufliche*

Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur ausgerichtet. Eine Fortführung der erfolgreichen Kooperation wurde bereits bis einschließlich 2029 vertraglich vereinbart.

Am Vorabend des Tages der Deutschen Einheit fand 2024 und 2025 die *Lange Nacht der Demokratie* in Schleswig-Holstein statt, die der Landesbeauftragte für politische Bildung gemeinsam mit dem *Landesverband der Volkshochschulen e. V.* koordinierte. An zahlreichen Orten in Schleswig-Holstein wurde am 2. Oktober 2024 in vielfältigen Formaten über Demokratie philosophiert, diskutiert und gestritten, Musik und Kultur genossen, gelacht und gefeiert. Das Da-

tum wurde bewusst gewählt, um in den Tag der Deutschen Einheit hineinzufeiern. Auch 2025 begeisterte das Format zum Mitmachen für die Demokratie. Die Veranstaltungen werden dezentral von Volkshochschulen und weiteren Akteur:innen der politischen Bildung geplant und umgesetzt. Die *Sparkassen Schleswig-Holstein* fördern das Projekt. Medienpartner ist der *Norddeutsche Rundfunk (NDR)*. Am 2. Oktober 2026 wird das erfolgreiche Format fortgesetzt.

Die Frage nach dem Eingeständnis von Fehlern in der Politik ist zumeist eine heikle Thematik. Fehler in der Politik werden öffentlich nicht selten skandalisiert.



Die Sieger:innen des Landesfinals von *Jugend debattiert* am 31.03.2025 im Kieler Landeshaus zusammen mit Dr. Christian Meyer-Heidemann sowie Maïke Abshagen, Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur und Dr. Jan-Jonathan Bock, Gemeinnützige Hertie-Stiftung. Foto: Sönke Ehlers.

Bereits drei Mal – 2023, 2024 und 2026 – veranstaltete der Landesbeauftragte für politische Bildung die *Fuck-up-Night für die Demokratie*. Spitzenpolitiker:innen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und SSW aus Schleswig-Holstein berichteten über Fehler aus ihrer politischen Karriere und verrieten, was sie daraus lernen konnten. Alle drei Veranstaltungen waren jeweils mit 200 Gästen ausgebucht.

Die Bedeutung der Grundrechte für das Leben junger Menschen hob der Landesbeauftragte für politische Bildung 2020, 2021, 2024, 2025 und 2026 gemeinsam mit der *Arbeitsgemeinschaft der parteinahen politischen Bildungsträger und Stiftungen* in regelmäßigen Projekttagen an Schulen in Schleswig-Holstein hervor. In Workshops diskutierten die Schüler:innen anhand ausgewählter Grundrechtsartikel u. a. die Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Frage, welche Auswirkungen die Unantastbarkeit der Würde des Menschen konkret hat. Besucht wurden vor allem Berufsbildungszentren und Gemeinschaftsschulen. Anlass ist jeweils der Tag des Grundgesetzes am 23. Mai.

Die Bedeutung von Parteien für eine Demokratie sowie der Wandel der Parteienlandschaft wurde im September 2022 auf dem *Tag der Parteiendemokratie* thematisiert. Im ausgebuchten Landeshaus sprachen haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen über die Auswirkungen abnehmender Wahlbeteiligung sowie über Angriffe auf Amts- und Mandatsträger:innen. Der Fachtag wurde gemeinsam mit der *Arbeitsgemeinschaft der parteinahen politischen Bildungsträger und Stiftungen* und in Kooperation mit den *kommunalen Spitzenverbänden* veranstaltet.

Die stärkere Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik förderte der Landesbeauftragte für politische Bildung u. a. gemeinsam mit dem *Frauenbüro der Hansestadt Lübeck*, der *Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Schleswig-Holsteins* und dem *LandesFrauenRat Schleswig-Holstein* mit der Veranstaltung „*Zu anders für die Macht?*“ – *Wie gelingt uns mehr Vielfalt in der Kommunalpolitik?* 2025 in Lübeck, die einen Austausch zwischen Kommunalpolitikerinnen und 70 interessierten Frauen ermöglichte.



Die *Fuck-up-Night für die Demokratie* am 17. Februar 2026 im Kultur- und Veranstaltungszentrum Die Pumpe in Kiel: Annabell Krämer (FDP), Sybilla Nitsch (SSW), Martin Fuchs (Moderator), Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU), Dr. Ulf Kämpfer (SPD), Dr. Christian Meyer-Heidemann (LBpB) und Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen) (v. l. im Uhrzeigersinn.). Foto: Aminata Touré.

3.2 Historisches Lernen und Erinnerungskultur

Historisches Lernen ist fester Bestandteil politischer Bildung. Um aktuelle politische Entwicklungen und Entscheidungen verstehen und beurteilen zu können, bedarf es historischer Kenntnisse über die Entstehungs- und Wandlungsprozesse unseres politischen Gemeinwesens. In Deutschland meint dies vor allem das Wissen um den Zivilisationsbruch, den die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus markieren, und die Verantwortung, die damit für uns insgesamt einhergeht. Ebenso werden die SED-Diktatur in der DDR und Themen der Demokratiegeschichte behandelt.

In diesem Themenfeld standen im Berichtszeitraum Aktivitäten im Vordergrund, die in unterschiedlicher Form die Zeit des Nationalsozialismus thematisiert haben. Besondere Bedeutung hatten Veranstaltungen, in denen Zeitzeug:innen, die die Zeit des Nationalsozialismus selbst erlebt haben, aus ihrem Leben berichten. Mit dem Holocaust-Überlebenden Ivar Buterfas-Frankenthal führte der Landesbeauftragte 2023 zwei Veranstaltungen durch – einmal gemeinsam mit dem *Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur* im Audimax der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit 750 Schüler:innen und ein zweites Mal im Kieler Landeshaus mit weiteren 200 Teilnehmenden. 2025 kam der Holocaust-Überlebende Manfred Goldberg nach Neustadt i. H., um jungen Menschen von seinen Erfahrungen während der NS-Zeit zu berichten. Die eindrücklichen Lebensgeschichten dieser beiden Menschen sind als Aufzeichnungen auch weiterhin über die Webseite des Landesbeauftragten abrufbar. Besonders bedeutende Orte zur Vermittlung der NS-Geschichte in Schleswig-Holstein sind die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Land. Am authentischen, historischen Ort ist zu erfahren, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht nur in Auschwitz und weiteren deutschen Vernichtungslagern im besetzten Polen stattgefunden haben, sondern auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft. Der Landesbe-



Ivar und Dagmar Buterfas-Frankenthal sowie Dr. Christian Meyer-Heidemann im Audimax der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am Internationalen Holocaust-Gedenktag 2023.
Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung/Freya Elvert.

auftragte für politische Bildung unterstützte die Gedenkstätten in unterschiedlichsten Formen, u. a. als Kooperationspartner der drei *Jugend erinnert*-Projekte in Schleswig-Holstein, die 2020 bis 2022 mit Bundesmitteln die Professionalisierung und didaktische Weiterentwicklung der Gedenkstättenlandschaft im hohen Maße gefördert haben.

Ebenso zur inhaltlichen, pädagogischen und organisatorischen Weiterentwicklung dieser Orte dienen die jährlich stattfindenden Landesgedenkstättentagungen, die vom Landesbeauftragten gemeinsam mit der *Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte*, der *Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinsche Gedenkstätten* und weiteren Partner:innen geplant und durchgeführt werden.

Drei Mal (2022, 2023 und 2024) organisierte und führte der Landesbeauftragte in Kooperation mit dem *Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein* eine Bildungsreise nach Berlin,

Krakau und in die Gedenkstätte des Vernichtungslagers Auschwitz mit jungen Menschen zwischen 18 und 27 Jahren durch. Insgesamt konnten 71 Personen teilnehmen; die Fahrten wurden intensiv vor- und nachbereitet. Die Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse führten zu einer herausragend intensiven Beschäftigung mit der NS-Geschichte, dem Holocaust und seinen Folgen in Gegenwart und Zukunft.

Seit 2020 produziert der Landesbeauftragte gemeinsam mit dem *Offenen Kanal Schleswig-Holstein* und dem *Kulturforum Schleswig-Holstein e. V.* die Sendereihe *Schleswig-Holstein erinnert* (abrufbar politische-bildung.sh/infothek), die regelmäßig zu den historischen Daten 27. Januar, 8. Mai, 1. September und 9. November einzelne inhaltliche Aspekte, Lebensgeschichten und Orte der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und seinen Folgen bis in die Gegenwart thematisiert. Dazu wurden auch Gesprächspartner:innen in das Studio

des *Offenen Kanals* eingeladen: u. a. waren der damalige Landtagspräsident Klaus Schlie, Landtagspräsidentin Kristina Herbst und die damalige Bildungsministerin Karin Prien als Gäste in den Sendungen der *Schleswig-Holstein erinnert*-Reihe.

Zahlreiche weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit einzelnen Aspekten der NS-Geschichte, so z. B. an den Jahrestagen des Kriegsendes am 8. Mai (2020, 2023 und 2025) oder zur Rolle des SS-Gruppenführers und späteren Bürgermeisters Westerlands und damaligen Landtagsabgeordneten Heinz Reinefarth. Mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* kooperierte der Landesbeauftragte in regelmäßigen Abständen zu unterschiedlichen Themen der nationalsozialistischen Geschichte in Schleswig-Holstein. Beispielhaft dafür können die Veranstaltungsreihe *Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und Dithmarschen* im Frühjahr 2025 in der Neulandhalle in Friedrichskoog oder die



Junge Erwachsene aus Schleswig-Holstein besuchten im Rahmen einer Bildungsfahrt die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz im November 2022. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/ Dr. Hauke Petersen.

Vortragsveranstaltung *Geraubt, entschädigt – wiedergutmacht?* zur „Arisierung“ jüdischen Eigentums in Schleswig-Holstein am 1. März 2023 in Rendsburg genannt werden.

Vom 14. September bis 9. Oktober 2025 zeigte der Landesbeauftragte zusammen mit der *Aktion Kinder- und Jugendschutz Schleswig-Holstein e.V.* und der *Offenen Kirche St. Nikolai Kiel* die Ausstellung *Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte*. Fünf Wochen gastierte die Wanderausstellung des *Anne-Frank-Zentrums* in der Kieler St.-Nikolai-Kirche. In diesem Zeitraum besuchten insgesamt 19.040 Personen die Aus-

stellung. Darunter waren auch 1.205 Kinder und Jugendliche, die an den Führungen von 16 Peer-Guides teilgenommen haben.

Im Berichtszeitraum war ein weiteres wichtiges Themenfeld im Bereich des historischen Lernens die Beschäftigung mit der Geschichte der DDR und dem Unrecht, das vielen Menschen in der SED-Diktatur widerfahren ist. So trug der Fotograf und Zeitzeuge Siegfried Wittenburg an zahlreichen Schulen in Schleswig-Holstein vor, wie sich das Fehlen von Freiheit und Demokratie im Alltag auswirkte. Zugleich zeigte er mit seinen Vorträgen, die er mit eigenen Fo-

Dr. Christian Meyer-Heidemann mit jungen Peer-Guides bei der Eröffnung der Ausstellung *Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte* am 14. September 2025 in Kiel. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung.



tografien bebilderte, wie sich Menschen mit Mut und Klugheit aus einer Unterdrückung befreien konnten. Siegfried Wittenburg war im Berichtszeitraum insgesamt acht Mal jeweils eine Woche im Auftrag des Landesbeauftragten im gesamten Bundesland an Schulen unterwegs.

Neben diesen Zeitzeugenvorträgen vertieften zahlreiche weitere Veranstaltungen und Projekte die Beschäftigung in Schleswig-Holstein mit der SED-Diktatur, so z. B. die Lesereihe *Die anderen Leben. Generationengespräche Ost* mit den Autorinnen Sabine Michel und Dörte Grimm im September 2021 oder die Diskussionsveranstaltung *Kalter Krieg auf Nadelfilz: Momente aus der Geschichte des deutsch-deutschen Handballs zwischen Annäherung und Abgrenzung* im Juli 2023. Darüber hinaus kooperierte der Landesbeauftragte in zahlreichen Fällen mit dem Informationszentrum zur innerdeutschen Grenze – Grenzhof Schlagsdorf, um Schüler:innen aus Schleswig-Holstein den Besuch mitsamt einem pädagogischen Begleitprogramm zu ermöglichen.

3.3 Bürgerschaftliches Engagement und Kinder- und Jugendbeteiligung

Politische Bildung umfasst immer die politische Praxis und die damit verbundene Erfahrung an der Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens teilhaben zu können. Die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen vermittelt den Bürger:innen ein konkretes Verständnis von Politik. Außerdem ist die Demokratie auf Bürger:innen angewiesen, die durch ihr Engagement die Demokratie mit Leben füllen. Eine bedeutende Aufgabe politischer Bildung besteht somit in der Befähigung und Ermutigung – insbesondere junger Menschen – zu politischem und gesellschaftlichem Engagement.

Den Schwerpunkt in diesem Themenfeld bildet die Kinder- und Jugendbeteiligung. Der Landesbeauftragte für politische Bildung beteiligt sich maßgeb-



Dr. Christian Meyer-Heidemann mit Teamenden und Teilnehmenden des Landesweiten Vernetzungstreffens der kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen, *PartizipAction!* am 9. November 2024. Foto: Niklas Saffran.

Durchgeführte
Jugendaktionskonferenzen:

mit über **600** Teilnehmenden

Workshopdurchführungen
in Werkstätten für
behinderte Menschen:

15



Diskussions- und Arbeitsphase während der Jugendaktionskonferenz am 7. Juli 2023. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/ Nils Quentel.

lich an *PartizipAction!*, dem Vernetzungswochenende der kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen in Schleswig-Holstein. Das seit vielen Jahren etablierte Vernetzungs- und Fortbildungstreffen dient dem Austausch der in den kommunalen Vertretungen politisch aktiven Jugendlichen und bietet ihnen in jugendgerechten Formen Fortbildungsmöglichkeiten für ihr Engagement in der Gemeinde. Seit 2020 ist der Landesbeauftragte gemeinsamer Kooperationspartner mit dem *Kreisjugendring Stormarn e. V.* sowie dem *Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein*.

Der Landesbeauftragte tauscht sich im Rahmen von *PartizipAction!* regelmäßig auch vor Ort in verschiedenen Gesprächsformaten mit den Jugendlichen aus und

ist für die Planung der Workshops zuständig, die durch eine Bedarfsabfrage bei den kooperierenden Kinder- und Jugendvertretungen ermittelt werden. Mit einem Forderungspapier haben die Teilnehmenden von *PartizipAction! 2022* sich bezüglich der Rahmenbedingungen von Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein an die Landespolitiker:innen gerichtet.

Weiterhin unterstützte der Landesbeauftragte die landesweiten Wahlen der Kinder- und Jugendvertretungen *#LaWa_SH*, die im Berichtszeitraum drei Mal durchgeführt wurden: Im November 2021 mit 46 teilnehmenden Kommunen, im November 2023 mit 52 Kommunen und im November 2025 mit 49 Kommunen. In diesem Zeitraum wählen in den teilnehmenden Städten und Gemeinden Schleswig-Holsteins die Kinder und Jugendlichen ihre neuen Vertreter:in-

nen. Neben der Beratung der jugendlichen Initiativen zu den Wahlen 2021, 2023 und 2025 wurden die Organisation und die Ausrichtung der jeweiligen Auftaktveranstaltungen im Landeshaus maßgeblich unterstützt. Auf diese Weise wurde den in den Städten und Gemeinden aktiven Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, auf die Wahlen und das Thema der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung aufmerksam zu machen sowie sich zu Themen wie der Akquise von Kandidierenden, eigenen Wahlkampfthemen und der Steigerung der Wahlbeteiligung fortzubilden. Auch durch die Beteiligung des *Städteverbandes Schleswig-Holstein* sowie des *Schleswig-Holsteinischen Gemeindetags* steigern sich Aufmerksamkeit und Zuspruch in den Kommunen stetig. So konnten und können die landesweiten Wahlen und die gewählten Kinder- und Jugendvertretungen wichtige Impulse für die Kinder- und Jugendbeteiligung geben.

Mit der *Jugendaktionskonferenz* ist im Berichtszeitraum eine besondere Veranstaltung der Jugendbeteiligung in Schleswig-Holstein mit Unterstützung des Landesbeauftragten entstanden. Die eintägige Konferenz, die im Frühjahr 2020 zum ersten Mal stattfand und seitdem jährlich durchgeführt wurde, zeichnet sich durch einen hohen Grad von Selbstorganisation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus. Ein breit aufgestelltes, jährlich in der Zusammensetzung wechselndes Gremium aus jungen Menschen arbeitet den inhaltlichen wie organisatorischen Verlauf der Veranstaltung selbstständig aus. Etabliert haben sich neben der Veranstaltung selbst ein enger Austausch mit Landtagspolitiker:innen sowie inhaltlichen Debatten innerhalb der Teilnehmendenschaft. Der Landesbeauftragte für politische Bildung hat zunächst als Mitglied eines breiten Träger:innenkreises die Planungen unterstützt und

koordiniert seit 2023 gemeinsam mit dem *Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.* ebenjenen Träger:innenkreis und berät die Planungsgruppe.

Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung zum Beispiel bei Wahlen sind auch für Menschen mit Behinderungen elementare Rechte. Politisches Wissen bzw. Zugänge zu Politik und politischem Denken sind dagegen nach wie vor Leerstellen. Gemeinsam mit der *Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen* hat der Landesbeauftragte von September 2023 bis Juni 2024 daher ein Pilotprojekt zur politischen Bildung von Menschen mit Behinderungen durchgeführt (siehe Kapitel 2.4.2). Der Landesbeauftragte unterstützt bürgerschaftliches Engagement auch auf lokaler Ebene. Hierfür wurden zahlreiche öffentliche Veranstaltungen von ehrenamtlich engagierten Demokratie-Initiativen unterstützt, z. B. in Heide, Büsum, Neumünster und Pinneberg.

#LaWa_SH:
Teilnehmende Kommunen: bei
den landesweiten Wahlen der
Kinder- und Jugendvertretungen:

20
2017

32
2019

46
2021

52
2023

49
2025

3.4 Extremismusprävention

Es gehört zum Kern der politischen Bildung, mit ihrem auf Mündigkeit und Universalität beruhenden Ansatz durch Information, Aufklärung und handlungsorientierte Projekte einen Beitrag zur Prävention jeglicher Formen von Extremismus zu leisten. Neben dem großen Aufgabenfeld des Rechtsextremismus sind präventive Ansätze gegen religiös begründeten Extremismus und gegen die militante Linke weitere relevante Themen. Die Phänomene des Rechtspopulismus, des Antisemitismus und weiterer Unterformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finden sich ebenso in der politischen Bildungsarbeit unter diesem Themenbereich wieder. In jedem dieser Felder liegt der Fokus der politischen Bildung in der primären Prävention. Die primäre Extremismusprävention zielt darauf ab, potenziellen extremistischen Einstellungen und Handlungen in der Allgemeinbevölkerung frühzeitig entgegenzuwirken.

Die Bildungsangebote des Landesbeauftragten für politische Bildung im Bereich der Extremismusprävention sollen das Demokratiebewusstsein durch eine Förderung der Analyse- und Urteilkraft, der Förderung von Konfliktfähigkeit und Toleranz sowie der Befähigung zu wertorientiertem und mündigem Denken und Handeln stärken, um dauerhaft vor menschenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Einstellungen zu schützen. Neben der Vermittlung historischer Fakten – insbesondere über den Nationalsozialismus, aber auch über demokratiefeindliche Gruppierungen oder Bewegungen in Deutschland wie die Landvolkbewegung oder die Rote Armee Fraktion – ist das Wissen über die Vorzüge und Funktionsweisen unseres demokratischen Rechtsstaates von zentraler Bedeutung. Das Ziel politischer Bildungsarbeit im Bereich der Extremismusprävention ist es, ein Verständnis für die Komplexität von Demokratie und Politik zu schaffen und Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken. Auch Erkenntnisse aus der Sozialen Arbeit oder der Soziologie sollen hierbei beachtet

werden: Welche menschlichen Bedürfnisse werden nicht erfüllt, welche Krisenerfahrungen machen Menschen, die sie anfällig für demokratie- oder menschenfeindliche Radikalisierungen machen? Hierdurch kann den Entstehungsbedingungen von Radikalisierung und Extremismus vorgebeugt werden. Politische Bildung ist somit in diesem Feld präventiv und nicht als Intervention zu verstehen. Maßnahmen der sekundären und tertiären Prävention sowie Intervention sind Aufgaben anderer staatlicher Stellen.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung ist im Bereich der Rechtsextremismusprävention Mitglied im *Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Schleswig-Holstein* und war bei der Gestaltung des *Landesaktionsplans gegen Rassismus* und des *Landesaktionsplans gegen Antisemitismus* beteiligt. Er arbeitet projektbezogen mit dem *Landesdemokratiezentrum* und den *Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus*, der *Landesweiten Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus*, der *Melde- und Informationsstelle Antiziganismus*, dem *Kieler Anti-Gewalt und Sozialtraining e. V.* und *PROvention*, der *Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus* zusammen.

Da während und als Folge der COVID-19-Pandemie Verschwörungsideologien und Desinformation verstärkt Zuwachs erhielten, wurden zahlreiche Veranstaltungen, Workshops und Fortbildungen für Multiplikator:innen in diesem Themenfeld angeboten, u. a. mit Ingrid Brodnig (November 2020 beim *Medienkompetenztag* (s. Abschnitt 3.5), Martin Fuchs und Patrick Gensing (Mai 2021, in Kooperation mit der *Arbeitsgemeinschaft der parteinahen Bildungseinrichtungen und Stiftungen*), Prof. Dr. Michael Butter (Dezember 2021, in Kooperation mit dem *Lehramtsreferat des AStA der CAU Kiel*), Maik Fielitz (Februar 2022) und Katharina Nocun (Februar 2023, in Kooperation mit der *Europäischen Akademie Schleswig-Holstein e. V.* und Mai 2025, in Kooperation mit dem *AStA der CAU Kiel*)).

Während des Berichtszeitraums erreichten antisemitische Vorfälle und Gewalttaten in Schleswig-Holstein einen neuen Höchststand – sowohl was die Qualität als auch die Quantität der Taten betrifft. Globale Aus-



Dr. Saba-Nur Cheema und Prof. Dr. Meron Mendel am 22. Juni 2025 im Kieler Schauspielhaus, moderiert von Dr. Hauke Petersen (l.) und Mirjam Gläser (Jüdisches Museum in Rendsburg, r.). Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Freya Elvert.

löser für diese Welle der Gewalt können beispielsweise in der COVID-19-Pandemie und dem Überfall der Hamas auf Israel und der darauffolgenden Eskalation der Gewalt in Nahost identifiziert werden. Daher stellte die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus einen besonders wichtigen Schwerpunkt in der Extremismusprävention dar. Der Landesbeauftragte für politische Bildung ist Mitglied des *Runden Tisches SHalom & Moin* sowie des *Facharbeitskreises Antisemitismus* und beteiligte sich im Berichtszeitraum mit eigenen Veranstaltungen an den *Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus*. So wurde z. B. im Oktober 2023 Burak Yilmaz in das Landeshaus eingeladen, der zur Eröffnung für eine ehrliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus plädierte. Die Landtagspräsidentin Kristina Herbst hielt im Rahmen der Veranstaltung ein Grußwort. Im Juni 2025 fand im Kieler Schauspiel-

haus in Kooperation mit dem *Theater Kiel AöR* und dem *Jüdischen Museum in Rendsburg* eine Veranstaltung mit Dr. Saba-Nur Cheema und Prof. Dr. Meron Mendel statt, die aus ihrem Buch *Muslimisch Jüdisches Abendbrot* vorlasen und über das Miteinander in Zeiten der Polarisierung sprachen.

Auch historische Themen wurden im Feld der Extremismusprävention aufgegriffen: So fand im Oktober 2022 die Veranstaltung *45 Jahre danach: Die Entführung der „Landshut“* statt, bei der der ehemalige Co-Pilot des Flugzeugs, Jürgen Vietor, seine persönlichen Erlebnisse schilderte. Kontextualisiert wurde dies durch die Historikerin und RAF-Expertin Prof. Dr. Gisela Diewald-Kerkmann, die den Linksextremismus in der Bundesrepublik historisch einordnete.

Im Juni 2024 wurde im *Dithmarscher Landesmuseum* mit einer Veranstaltung mit dem Titel *„Herr Landrat,*

keine Bange, Sie leben nicht mehr lange“ – Wer war die Landvolkbewegung und warum taucht ihre Fahne heute wieder bei Demonstrationen auf? der Bogen zwischen dem historischen Rahmen und aktuellen Bauernprotesten, die sich bewusst in die Tradition der Landvolkbewegung stellen, gezogen. Es diskutierten Quinka Stoehr, Regisseurin des Films *Stumpfe Sense – Scharfer Stahl*, Prof. Dr. Marc Buggeln, *Europa-Universität Flensburg*, Klaus-Peter Lucht, Präsident des *Bauernverbandes Schleswig-Holstein* und das *Regionale Beratungsteam gegen Rechtsextremismus*.

Auch der Umgang mit rassistischen Äußerungen, Antiziganismus und Rechtsterrorismus wurde im Berichtszeitraum aufgegriffen. Gemeinsam mit dem damaligen *Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen* wurde der Schriftsteller Hasnain Kazim im Juni 2022 ins Landeshaus eingeladen.

In der Kieler Pumpe konnte im Oktober 2024 in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung das Theaterstück *NSU-Monologe* gezeigt werden.

Im April 2025 fand in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* und dem *Verband Deutscher Sinti und Roma e. V.* ein Vortrags- und Diskussionsabend mit dem Titel *Antiziganismus in Schleswig-Holstein: Kontinuitäten und aktuelle Diskriminierungen* statt.

Neben diesen Veranstaltungen für eine allgemeine Öffentlichkeit wurden Fortbildungen für Multiplikator:innen angeboten. Beispielsweise wurde im Oktober 2025 in Kooperation mit der *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Schleswig-Holstein* ein Fachfortbildungstag für 200 pädagogische Fach- und Lehrkräfte mit dem Titel *Antidiskriminierungstag*.



Der Autor Hasnain Kazim im Gespräch mit Dr. Christian Meyer-Heidemann (l.) und dem damaligen Zuwanderungsbeauftragten Stefan Schmidt (r.). Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung.



Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten in Kiel angeboten. Hierbei waren viele zivilgesellschaftliche Beratungsstellen aus Schleswig-Holstein mit eingebunden, Prof. Dr. Karim Fereidooni hielt die Keynote der Veranstaltung. Eine Neuauflage ist für den Herbst 2026 vorgesehen und erneut weit im Vorfeld ausgebucht.

Das Podiumsgespräch nach dem Theaterstück der NSU-Monologe: Prof. Dr. Melanie Groß von der Fachhochschule Kiel, Moderatorin Kerstin Gröger, Bundeszentrale für politische Bildung, die Anwältin der Nebenklage Seda Başay-Yıldız und Dr. Sally Riedel, MOSAIQ e.V. (v.l.n.r.). Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung/Franziska Schlachter.

3.5 Digitalisierung und politische Medienkompetenz

Über alle Altersgruppen hinweg verbringen immer mehr Menschen ihre Zeit mit digitalen Medien. Daher sind auch weiterhin geeignete Veranstaltungen und Projekte um digitale Formen zu erweitern. Die Digitalisierung ist jedoch mehr als eine parallele Lebenswelt für junge Menschen oder nur ein weiterer Informationskanal. Durch die Transformation der Arbeitswelt, des sozialen Miteinanders, von Privatheit und Öffentlichkeit sowie der datenbasierten Digitalwirtschaft ist eine umfassende politische Medienkompetenz elementar für das Ziel mündiger Bürger:innen.

Die politische Meinungs- und Urteilsbildung steht durch die Digitalisierung vor erheblichen Herausforderungen, vor allem durch Desinformationen und Polarisierungen, die die digitale politische Öffentlichkeit verzerren. Außerdem führt Hate Speech zu einer Verrohung des politischen Diskurses und behindert eine sachliche, demokratische Auseinandersetzung. Vor allem in den sozialen Netzwerken, in denen sich viele Menschen auch über politische Themen informieren und austauschen, befördern Algorithmen diese Phänomene mit dem Ziel, die Nutzenden länger auf ihrer Plattform zu halten. Daher hat der Landesbeauftragte für politische Bildung gemeinsam mit der *Europäischen Aka-*

demie Schleswig-Holstein e. V. und unterstützt durch die *Sparkassen Schleswig-Holstein* das Schulprojekt *Tatort soziale Netzwerke* ins Leben gerufen und mit der Autorin und Netzexpertin Katharina Nocun am 6. Februar 2023 im Landeshaus einen fundierten Auftakt geboten. Das Projekt fand bereits an über 100 weiterführenden Schulen in Schleswig-Holstein statt und umfasst Workshops mit Schulklassen sowie Fortbildungen für Lehrkräfte, die von dem Journalisten Carsten Janz durchgeführt werden.

Die Themen Desinformation, soziale Medien und Verschwörungsmythen wurden auch im Rahmen der *Digitalen Woche Kiel* in den Mittelpunkt gerückt. Nach einer ersten Beteiligung 2020 wirkt der Landesbeauftragte für politische Bildung seit 2024 wieder jährlich an dem Digitalfestival mit. Er bietet in diesem Rahmen eigene Veranstaltungen an, darunter einen Workshop zum Umgang mit Rechtsextremismus auf TikTok am 16. Mai 2024 (mit Neuauflage am 13. Dezember 2024) und eine Abendveranstaltung mit Katharina Nocun zu Wahlkampf und Verschwörungserzählungen, hier mit dem *AStA der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*, am 15. Mai 2025. Die erfolgreiche Kooperation wurde am 7. Mai 2026 mit dem Themenschwerpunkt generativer Künstlicher Intelligenz als Mittel der extremen Rechten mit mehr als 200 Teilnehmenden fortgesetzt.

Das Veranstaltungslogo der Workshopreihe
Tatort Soziale Netzwerke. Grafik: amatik.



TATORT
SOZIALE
NETZWERKE



Medienaffine Jugendliche können verschiedene Arten des Medienmachens, wie hier die Produktion von Podcasts, auf dem *Jugendmedienfestival* kennenlernen. Foto: Jugendpresse Nord/David Gebert.

Künstliche Intelligenz hat, spätestens mit der Marktreife der generativen KI ChatGPT im Winter 2023, auch den Bildungsbereich disruptiert. Nach diversen Anfragen und kleineren Beratungen hat der Landesbeauftragte in Zusammenarbeit mit dem *Institut für Entrepreneurship und Business Development der Universität Lübeck* (Prof. Dr. Christian W. Scheiner) am 23. Januar 2025 den Fachtag *KI im Klassenzimmer* in Lübeck durchgeführt. Mit rund 120 Lehr- und Fachkräften wurden die Potenziale, aber auch die vielfältigen Herausforderungen von und mit KI im (politischen) Bildungsbereich deutlich. Der Umgang mit KI und seine gesellschaftlichen Folgen werden als zentrale Herausforderungen der politischen Bildung in

den kommenden Jahren in den Angeboten des Landesbeauftragten noch stärker berücksichtigt. Zu festen Terminen im Jahr zählten im Berichtszeitraum das *Jugendmedienfestival* und das *Medienkompetenzfestival Schleswig-Holstein*. Während des *Jugendmedienfestivals* (vormals *Jugendpressefrühling*) eignen sich medienaffine Jugendliche im Rahmen eines viertägigen Workshops gemeinsam journalistisches Know-how an und produzieren eigene Inhalte. Neben den klassischen Formaten wie Zeitung, Fernsehen, Film und Magazin wurden auch digitale Formate und Podcasts redaktionell erstellt. Durch das Engagement des Landesbeauftragten wurden in allen Bereichen auch intensiver politische Themen be-

handelt, so z. B. in den Auftaktgesprächsrunden oder bei der inhaltlichen Schwerpunktlegung. Das *Jugendmedienfestival* leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Medienkompetenz der Teilnehmer:innen, da durch die eigene Produktion ein tiefergehendes Verständnis des jeweiligen Mediums und seiner Handlungslogiken erreicht wird. Diese Kenntnisse tragen die jungen Menschen im Nachgang auch in ihr jeweiliges Umfeld und nehmen so eine wichtige Funktion als Multiplikator:innen wahr. Die Jugendmedienfestivals werden von der *Jugendpresse Nord* in Kooperation mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung durchgeführt. Sie finden in der *JugendAkademie Bad Segeberg* statt und sind jährlich ausgebucht.

Ebenfalls ausgeweitet wurde das Engagement beim *Medienkompetenzfestival Schleswig-Holstein*, das im Jahr 2022 aus dem *Medienkompetenztag* durch eine inhaltliche und organisatorische Umstrukturierung hervorging. Der Landesbeauftragte gehört bereits seit 2019 zu den delegierten Institutionen, die das Fortbildungsformat für das veranstaltende *Netzwerk Medienkompetenz Schleswig-Holstein* mit finanzieren und organisieren. In den letzten Jahren haben jeweils zwischen 300 und 500 Lehrkräfte, Erzieher:innen, Akteur:innen aus der außerschulischen Jugendbildung, Studierende und weitere Interessierte aus ganz Schleswig-Holstein teilgenommen. Das *Medienkompetenzfestival* ist damit nach wie vor die größte Fortbildungsmesse Schleswig-Holsteins rund um den Einsatz von Medien in Schule und der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung. Im Berichtszeitraum hat der Landesbeauftragte im Rahmen des *Medienkompetenzfestivals* verschiedene Workshops organisiert und durchgeführt, in denen sich die Teilnehmer:innen über mediengestützte Formate politischer Bildung sowie Möglichkeiten der Information und Partizipation mit digitalen Medien informieren und austauschen konnten.

Ein bundesweites Format stellen die *Aktionstage Netzpolitik & Demokratie* dar. Da Netzpolitik nahezu jeden Bereich gesellschaftlichen Zusammenlebens durchdringt, aber nach wie vor große Leerstellen hinsichtlich der Alltagsrelevanz für Bürger:innen beste-

hen, riefen die *Landeszentralen* und die *Bundeszentrale für politische Bildung* 2018 gemeinsam die *Aktionstage Netzpolitik und Demokratie* ins Leben. Im Berichtszeitraum bot der Landesbeauftragte für politische Bildung in diesem Rahmen jährlich Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zu netzpolitischen Themen wie z. B. Datenschutz und -souveränität, Netzkultur und digitaler Beteiligung an, darunter auch zwei Fachtage zu queer-feministischer Netzpolitik am 19. November 2021 sowie den Aktionstag für Schulen *Politik, Medien & Demokratie* am 12. November 2024. Weiterhin betreut und unterstützt der Landesbeauftragte Institutionen in Schleswig-Holstein, die im Rahmen der Aktionstage eigene Veranstaltungsangebote durchführen möchten.

Seit 2021 bringt der Landesbeauftragte mit dem Projekt *Journalismus macht Schule* in Zusammenarbeit mit dem bundesweiten Verein *Journalismus macht Schule e. V.* sowie engagierten Journalistinnen und Journalisten renommierter regionaler und überregionaler Medienhäuser Schüler:innen die Bedeutung von Journalismus und Pressefreiheit näher und fördert die Medienkompetenz junger Menschen. Jährlich erfahren rund 50 teilnehmende Schulklassen aus erster Hand, wie eine Information zur Nachricht verarbeitet wird, nach welchen Qualitätskriterien seriöse Medienberichte entstehen oder welche Quellen vertrauenswürdig sind – und welche nicht. Auch der Einfluss der sozialen Medien und Desinformation spielen eine große Rolle. Das Angebot, das bislang im Aktionszeitraum zwischen dem 3. Mai (Internationaler Tag der Pressefreiheit) und den Sommerferien stattfand, weitete der Landesbeauftragte für politische Bildung ab dem Schuljahr 2026/2027 als ganzjähriges Angebot aus.



Das *Medienkompetenzfestival* ist das größte Fortbildungsevent für Medienkompetenz im Land und bringt jährlich Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit und Kindertagesstätten für Workshops und Vorträge zusammen. Foto: Offener Kanal Schleswig-Holstein.



Ein Teil des Planungsteams des *Medienkompetenzfestivals* 2025 gemeinsam mit der Keynotespeakerin Marina Weisband (3. v. r.): Jan Mohr, Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein, Nils Quentel, Referent beim Landesbeauftragten, Dr. Christian Meyer-Heidemann, Anna Wohler, Ministerium für Soziales, Jugend, Frauen, Senioren, Integration und Gleichstellung, Henning Fietze, Offener Kanal Schleswig-Holstein (v. l. n. r.). Foto: Offener Kanal Schleswig-Holstein

3.6 Europäische und internationale Politik

Angesichts der Verflochtenheit deutscher Politik in den Strukturen der Europäischen Union und einer globalisierten Welt muss politische Bildung sich in Schleswig-Holstein auch mit der europäischen und internationalen Politik befassen. Die globalen Krisen, Konflikte und Kriege werden auch in den Angeboten der politischen Bildung thematisiert. Zugleich soll der Wert eines friedlichen und stabilen Europas sowie die Vielfalt der Kulturen in politischen Bildungsangeboten verständlich und erfahrbar gemacht werden. Im Berichtszeitraum beherrschten der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der darauffolgende Krieg in Gaza sowie die Machtwechsel der US-Administrationen Trump zu Biden und Biden erneut zu Trump die Themen des Landesbeauftragten für politische Bildung.

Schon einen Monat nach dem Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine führte der Landesbeauftragte am 24. März 2022 online eine Vortragsveranstaltung mit dem Titel *Putins Krieg gegen die Ukraine und die Spannungen zwischen Ost und West seit dem Kalten Krieg* durch. Im September 2022 sowie nochmals im September 2023 bot der Landesbeauftragte gemeinsam mit dem *Deutschen Russischlehrerverband e. V.* und dem *Institut für Slavistik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel* je einen Seminar- und Workshoptag an, der von vielen Schüler:innen genutzt wurde, um den aktuellen Konflikt, seine Hintergründe und Ursachen einordnen zu können. Die Workshops, aus denen die Schüler:innen wählen konnten, befassten sich u. a. mit Putins Ideologie, Staatspropaganda in Schulen, Medien in Russland oder der russischen Opposition in sozialen Netzwerken. Aus dieser Veranstaltung heraus wurde aufgrund der hohen Nachfrage seitens der Schulen ein Angebot für Schulklassen im Schuljahr 2022/2023 entwickelt, bei dem einzelne Referent:innen in Schulen kamen und ihre Workshops in den Klassenräumen durchführten.

Im Februar 2024 blickte der Landesbeauftragte wiederum in Kooperation mit dem *Institut für Slavistik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel* auf den Aspekt der *Desinformation als Kriegswaffe: Lehren aus zwei Jahren russischem Angriffskrieg gegen die Ukraine*. Diese Veranstaltung wurde mit Julia Smirnova, Wissenschaftlerin am *Center für Monitoring, Analyse und Strategie*, ebenfalls online durchgeführt.

Wie kann und soll die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik auf die veränderte Weltlage reagieren? Um diese Frage drehten sich u. a. die Veranstaltungen in Ahrensburg am 3. März 2022 (gemeinsam mit dem *Kulturzentrum Marstall am Schloss e. V.*) und am 22. Oktober 2024 mit dem Sicherheitsexperten Dr. Sebastian Bruns in Eckernförde.

Der Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel und der dadurch ausgelöste Krieg in Gaza forderte auch die Bildungsarbeit des Landesbeauftragten. Ein Jahr nach dem Terrorangriff – am 7. Oktober 2024 – fragte eine in Kooperation mit dem *Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus* durchgeführte Veranstaltung, was der 7. Oktober und seine Folgen konkret für diejenigen, die ganz unmittelbar betroffen sind, bedeutet. Die Diskussion, die im Kieler Landeshaus stattfand, bezog auch die Perspektiven in Schleswig-Holstein lebender Jüdinnen und Juden ein. Am 13. Mai 2025 fand in Kooperation mit der *Hermann Ehlers Akademie* ein Gespräch mit Jenny Havemann und Susanne Glass zu ihrem Buch *Unser Israel gibt es nicht mehr* statt, in dem auch die Situation in Gaza kritisch diskutiert wurde. Im Juni 2021 stand die Israel-Boykottbewegung im Fokus einer Veranstaltung, die zusammen mit der *Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Schleswig-Holstein* durchgeführt wurde.

Im Berichtszeitraum fanden in den USA zwei Machtwechsel statt: Anfang 2021 wurde Joe Biden als Präsident vereidigt, vier Jahre später wurde wiederum sein Vorgänger – Donald Trump – auch sein Nachfolger. Was diese Ereignisse für die US-amerikanische Innenpolitik und die internationalen Beziehungen bedeuteten, diskutierten die Referent:innen und Teilnehmenden der Veranstaltungen „*Joe Biden did it*“ – *Die Präsidentschaftswahl in den USA und ihre Folgen*



Nach der Veranstaltung *7. Oktober – Ein Jahr danach* am 7. Oktober 2024 im Kieler Landeshaus: Landesbischof em. Dr. h.c. Gerhard Ulrich, Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus des Landes Schleswig-Holstein, Igor Wolodarski, Jüdische Gemeinschaft Schleswig-Holstein, Karin Prien, damalige Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Christian Meyer-Heidemann, Walter Blender, Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein und Cathrin Lippert-Shalev, in Schleswig-Holstein geborene Israelin (v. l. n. r.). Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/ Freya Elvert.

Der Plenarsaal des Landtages als Ort der UN-Vollversammlung: *MUN SH* im Jahr 2025.
Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Anna Kramm.



am 21. Januar 2021 (online) sowie *Die USA haben gewählt - wie wird sich die Welt verändern, was sind Europas Optionen?* am 20. März 2025 in Ahrensburg (gemeinsam mit dem Kulturzentrum Marstall am Schloss e. V.).

Die große internationale Politik ist auch Thema in der politischen Jugendbildung: Der Landesbeauftragte für politische Bildung ist seit 2016 fester Kooperationspartner bei *Model United Nations Schleswig-Holstein (MUN-SH)* und unterstützt das Planspiel finanziell. Dabei handelt es sich um ein groß angelegtes Planspiel zu den Vereinten Nationen. *MUN-SH* vermittelt Wissen, weckt Interesse an gesellschaftlichem und politischem Engagement und bringt den Teilnehmenden durch eine Simulation internationale Politik näher. Jährlich im März kommen ca. 400 Jugendliche und junge Erwachsene aus der ganzen Welt für vier Tage in das Kieler Landeshaus, um in die Rolle von Diplomaten:innen, Journalist:innen sowie Vertreter:innen von NGOs zu schlüpfen und die Komplexität internationaler Politik zu erleben.

Gemeinsam mit der Europäischen Akademie Schleswig-Holstein e. V. führt der Landesbeauftragte seit 2021 das besondere Format *Escape Europa* für Schüler:innen in Sankelmark durch. Die Schüler:innen absolvieren dabei einen interaktiven Parcours durch den ehemaligen Schutzbunker unter der Akademie. Sie werden dabei zur Delegation, die Entscheidungen für momentane Herausforderungen der EU trifft und einen Blick in die Zukunft wirft.

Ebenfalls um die europäische Politik drehen sich die Workshops *Wohin steuert EU*ropa?*, die der Landesbeauftragte 2025 und 2026 an insgesamt zehn Schulen angeboten hat. In einem interaktiven Format setzten sich die Schüler:innen unter Anleitung des politischen Bildners Mattes Campen mit den zentralen Herausforderungen auseinander, die vor der EU liegen. Im Mittelpunkt standen die Visionen der Schüler:innen, wie sie sich die Zukunft der EU wünschen und was aus ihrer Perspektive die drängendsten Probleme sind, auf die Brüssel Antworten finden muss.

3.7 Schleswig-Holstein und seine Minderheiten

Eine bedeutende Aufgabe der politischen Bildungsarbeit in Schleswig-Holstein besteht darin, die Besonderheiten des nördlichsten Bundeslandes aufzugreifen und zu vermitteln. Neben landeskundlichen Themen gilt es die Besonderheit hervorzuheben, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, in dem mit der friesischen Volksgruppe, der dänischen Minderheit und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma drei anerkannte nationale Minderheiten leben. Dazu kommen weitere Minderheiten – wie etwa die jüdische Minderheit – als wichtige Bestandteile der schleswig-holsteinischen Identität. Diese und weitere schleswig-holsteinische Besonderheiten werden in den Bildungsangeboten des Landesbeauftragten für politische Bildung aufgezeigt.

2021 feierte unser Bundesland seinen 75. Geburtstag. Der Landesbeauftragte beteiligte sich an den Festlichkeiten des Landes auf Schloss Gottorf und veröffentlichte einen Online-Wettbewerb: Unter dem Hashtag *#SHwird75* veröffentlichte er die spannendsten und besten Fotos, Videos und Texte, die Bürger:innen eingesandt hatten auf seinen Social-Media-Kanälen und der Webseite.

Gemeinsam mit der *Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* wurde Unterrichtsmaterial zu *Schleswig-Holsteinischen Erinnerungstagen* veröffentlicht. Anhand von Gedenk- und Feiertagen wie dem Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar, dem 29.03.1955 (Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu den deutsch-dänischen Beziehungen) und dem 23. August 1946 (Gründung des Landes Schleswig-Holstein) können Schüler:innen entscheidende Wegmarken der Geschichte vermittelt werden.

Die schleswig-holsteinische Geschichte ist neben der geographischen und ideellen Nähe zu Dänemark und Skandinavien auch geprägt durch eine besondere Rolle im Nationalsozialismus. In der damaligen Provinz Schleswig-Holstein waren Nationalsozialist:innen und ihre geistigen Verbündeten schon vor 1933 überdurch-



Verbunden mit der dänischen Minderheit: Das Kuratorium des Landesbeauftragten für politische Bildung tagte am 15. Juli 2025 auf Einladung von Jens M. Henriksen, Kuratoriumsmitglied und Bibliotheksleiter, in der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Nils Quentel.

schnittlich erfolgreich. Ein Beispiel dafür ist die Rolle der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche vor und nach 1933. Die Handlungsmöglichkeiten der Pastoren standen im Mittelpunkt mehrerer Veranstaltungen, die der Landesbeauftragte 2023 und 2024 in Kooperation mit *Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.* durchführte.

Das Ende des Nationalsozialismus und seine (fehlende) Aufarbeitung in Schleswig-Holstein standen ebenso im Fokus: Das Handeln der letzten Reichsregierung in Flensburg-Mürwik und die schleppende Entnazifizierungspolitik in Schleswig-Holstein wurden in einer Veranstaltung am 22. April 2024 im *Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht* in

Schleswig thematisiert. Eine der Personen, die die Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und junger Bundesrepublik im Falle Schleswig-Holsteins besonders eindrücklich darstellte, war Heinz Reinefarth, dem sich der Landesbeauftragte in mehreren Formaten widmete, u. a. in einer Sendung der Reihe *Schleswig-Holstein erinnert* vom 1. September 2024. Am 13. Januar 2026 wurde ein Jahrestag in der Schleswig-Holsteinischen Geschichte thematisiert, der lange Zeit wenig Beachtung gefunden hat: Der 18. Januar 1996. In dieser Nacht starben in Lübeck bei einem Brand in einer Unterkunft für Asylsuchende sieben Kinder und drei Erwachsene, weitere 38 Personen wurden verletzt. Bis heute wurde nicht juristisch geklärt,

wer den Brand in der Hafenstraße gelegt hat. Nach einem Grußwort der Ministerin für Justiz und Gesundheit, Kerstin von der Decken, folgte ein Podiumsgespräch mit dem ehemaligen Bürgermeister der Hansestadt Lübeck Michael Boutieller, der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, einer Vertreterin der Initiative Hafenstraße '96 und dem Vorsitzenden des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Jan Kürschner.

Weitere Unterrichtsmaterialien und Publikationen zur Politik und Geschichte Schleswig-Holsteins und seinen Minderheiten vertiefen die Beschäftigung mit unserem Bundesland. So ging die Broschüre *Nationale Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein* 2025 in seine dritte, aktualisierte Auflage. Zahlreiche weitere Publikationen mit landeskundlichem Schwerpunkt können über die Webseite des Landesbeauftragten unter politische-bildung.sh/shop bestellt werden.

Die Minderheit der deutschen Sinti und Roma gehört zu den drei verfassungsrechtlich geschützten Minderheiten des Landes. Schüler:innen der *Theodor-Storm-Schule Husum* haben sich mit der Geschichte, Gegenwart und der Zukunft der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein befasst. Aus Trickfilm-Workshops und Gesprächen mit Anna und Matthäus Weiß vom *Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. – Landesverband Schleswig-Holstein* ist Ende 2020 ein Film entstanden, der vom Landesbeauftragten für politische Bildung unterstützt wurde. Gemeinsam mit dem *Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein* führte der Landesbeauftragte eine Fortbildung für Lehrkräfte und außerschulische Bildner:innen zu Sinti und Roma in Schleswig-Holstein durch, die auf sehr viel Resonanz stieß. Im März 2026 war Ricardo Lenzi Laubinger auf Einladung des Landesbeauftragten für drei Zeitzeugengespräche an Schulen und bei der Sinti Union Schleswig-Holstein e. V. zu Gast und berichtete über die Verfolgung seiner Familie im Nationalsozialismus und den schwierigen Kampf um Anerkennung.

Ein fester Bestandteil des Jahreskalenders des Landesbeauftragten für politische Bildung ist wiederum die Lehrkräfte-Fortbildungsreihe *Jüdisches Leben in*

Schleswig-Holstein, die in Kooperation mit der *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit* und den jeweiligen jüdischen Gemeinden vor Ort seit 2007 regelmäßig über Geschichte und Gegenwart dieser Minderheit informiert und jüdisches Leben sichtbar macht.



Der Thoraschrein in der Synagoge in der Waitzstraße Kiel. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Freya Elvert.

4. App *Stolpersteine Digital*

Stolpersteine sind das größte dezentrale Mahnmal in Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Sie erinnern an die Menschen, die während der mehr als zwölfjährigen Terrorherrschaft verfolgt, vertrieben, in den Suizid getrieben oder getötet wurden. Der Künstler Gunter Demnig begann in den 1990er Jahren mit quadratischen Messingtafeln an die individuellen Schicksale hinter den unvorstellbaren Gräueltaten zu erinnern.

Mittlerweile wurden europaweit über 100.000 Steine am letzten frei gewählten Wohnort der jeweiligen Person verlegt, davon ca. 90.000 in Deutschland. Stolpersteine enthalten in der Regel Angaben über den Namen der/des Verfolgten, das Geburts- und Todesdatum sowie den Todesort und – wenn bekannt – knappe Angaben zur Todesursache. Weitere Informationen zu den Opfern erhalten Menschen – wenn überhaupt – erst durch eine eigenständige, mitunter mühsame Recherche.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung hat deshalb Ende 2023 die App *Stolpersteine SH* veröffentlicht. Sie wurde technisch vom IT-Dienstleister *Dataport AöR* realisiert. Die App war zunächst nur für Schleswig-Holstein konzipiert worden. Bis Ende 2024 wurden alle in Schleswig-Holstein liegenden Stolpersteine in die App integriert. Anfang 2025 wurde die App aufgrund eines bundesweiten Interesses in *Stolpersteine Digital* umbenannt. In Kooperation mit den *Landeszentralen für politische Bildung in Bremen* und in *Mecklenburg-Vorpommern* wurden erste Modellregionen dieser Bundesländer einge-

bunden. Aufgrund dieser guten Kooperationen entschieden anschließend auch die *Landeszentralen für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Hessen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg* und *Saarland*, sich an *Stolpersteine Digital* zu beteiligen.



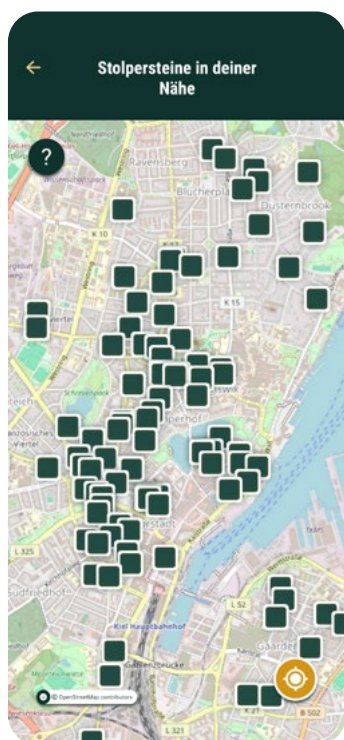
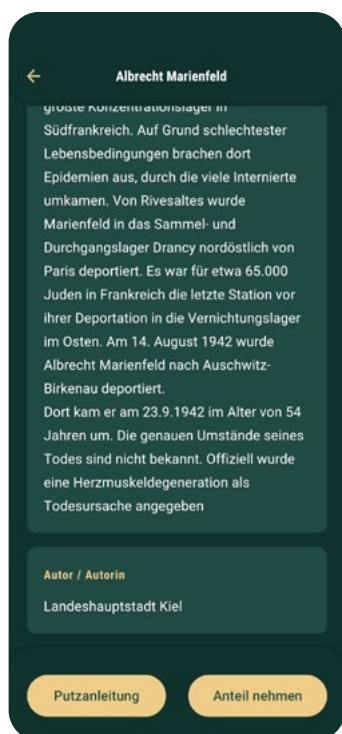
Mit der App kann der Stolperstein gescannt und erkannt werden – die Biografie wird angezeigt. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Nils Quentel.

Seit Dezember 2025 fördert die *Bundeszentrale für politische Bildung* die App bundesweit. Mit einer Gesamtsumme von 250.000 Euro wird die App auf Stolpersteine in ganz Deutschland ausgedehnt – hiervon übernimmt die Bundeszentrale für politische Bildung 179.000 Euro, 71.000 Euro werden von den beteiligten *Landeszentralen für politische Bildung* und dem Landesbeauftragten für politische Bildung getragen. Bis zum Dezember 2027 sollen möglichst alle Stolpersteine in Deutschland in der App *Stolpersteine Digital* integriert sein. Bis zum 30.06.2026 wurde die App über 220.000 Mal heruntergeladen.

Durch die App lernen die Benutzer:innen Details der Lebens- und Leidensgeschichten der Menschen, für die Stolpersteine verlegt wurden, kennen. Diese Biografien können in der App direkt am Ort des Stolpersteins mittels der Fotografie-Funktion des Smartphones (indem der Stein wie ein QR-Code gescannt wird) oder ortsunabhängig über die Kartenfunktion der App abgerufen werden. Die zu den jeweiligen Stolperstei-

mehr als
220.000
Downloads

ca.
90.000
Stolpersteine in ganz
Deutschland



Screenshots aus der App *Stolpersteine Digital*

nen hinterlegten biografischen Texte stammen in der Regel von den Einzelpersonen bzw. Initiativen oder Kommunen, die sich vor Ort für die Verlegung des jeweiligen Steins engagiert haben. Die Autor:innen bzw. die genutzten Quellen sowie weiterführende Literatur und Links werden in der App genannt. Bisher gibt es keine vollständige bundesweite Übersicht über die Biografien dieser Menschen. Diese Lücke will die App *Stolpersteine Digital* schließen.

Die App ist nicht nur ein Werkzeug der Wissensvermittlung, sondern ermöglicht den Nutzer:innen ebenso, Teil einer digitalen Erinnerungskultur zu werden: Vor Ort kann mittels Augmented Reality eine virtuelle Gedenkkerze platziert und so an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert werden. Diese Kerze und eine Gedenkbotschaft sind für andere Nutzer:innen sichtbar. Jede Kerze bleibt für sieben Tage in der virtuellen Welt und zeigt so die Erinnerung und das respektvolle Gedenken an die Opfer.

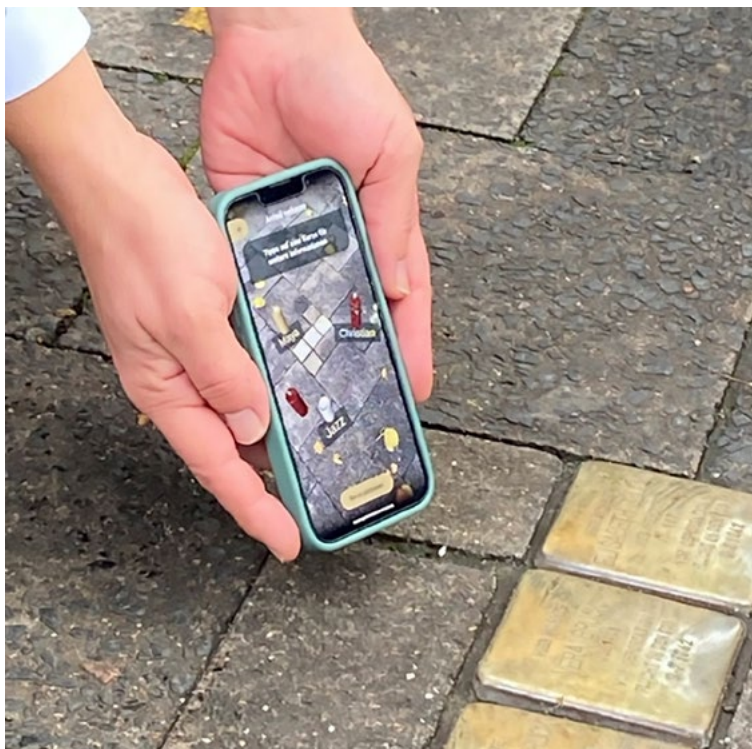
Eine Putzanleitung für Stolpersteine zeigt Schritt für Schritt, wie Stolpersteine gepflegt und sauber gehalten

werden können, sodass das Gedenken in der realen Welt genauso lebendig bleibt wie in der digitalen.

Die App kann kostenfrei in den App-Stores von Apple und Google heruntergeladen und weltweit auf allen handelsüblichen Smartphones genutzt werden.



Die Putzanleitung in der App *Stolpersteine Digital* (Screenshot)



Die Gedenkfunktion der App *Stolpersteine Digital*. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/ Nils Quentel.

5. Projekte und Aktivitäten zu Wahlen

Im Berichtszeitraum fanden fünf Wahlen statt: Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai 2022, die Bundestagswahlen am 26. September 2021 und am 23. Februar 2025, die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023 und die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024. Im Vorfeld dieser fünf Wahlen bot der Landesbeauftragte für politische Bildung zahlreiche Projekte an, die im Folgenden vorgestellt werden.

5.1 Wahl-O-Mat

Der Landesbeauftragte für politische Bildung erstellte zur Landtagswahl 2022 in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* erneut das Online-Tool *Wahl-O-Mat*, um die Bürger:innen über die anstehende Wahl, wichtige Wahlkampfthemen und die Parteipositionen zu informieren. Der *Wahl-O-Mat* ist eines der bekanntesten Instrumente der politischen Bildung und hat sich seit 2002 als Informationsangebot im Vorfeld von Landtags-, Bundestags- und Europawahlen fest etabliert. Nach 2005 (90.000 Nutzungen),

2012 (255.000 Nutzungen) und 2017 (563.000 Nutzungen) wurde der *Wahl-O-Mat* zur Landtagswahl 2022 335.000 Mal genutzt.

Das Ziel des *Wahl-O-Mats* ist, insbesondere jungen Menschen Politik möglichst barrierearm zugänglich zu machen. Er stellt intensiv diskutierte Themen des Landtagswahlkampfs in den Mittelpunkt und macht anhand konkreter und nachvollziehbarer Thesen die Unterschiede zwischen den Parteien deutlich. Der *Wahl-O-Mat* funktioniert als Frage-Antwort-Tool und bietet die Möglichkeit, die eigene Position mit den Positionen der Parteien zu vergleichen. Das Tool gibt jedoch keine Wahlempfehlung ab.

Die Thesen für den *Wahl-O-Mat* wurden von einer Redaktion aus Jungwähler:innen aus Schleswig-Holstein im Alter von 16 bis 26 Jahren entwickelt. Unterstützt wurde die Redaktion von einem Expert:innenteam aus Politikwissenschaft und Journalismus. Gemeinsam mit den Jugendlichen prüften die Expert:innen die Thesen auf ihre thematische Vielfalt und inhaltliche Plausibilität. Die erarbeiteten Thesen wurden den Parteien zur eigenverantwortlichen Beantwortung und Begründung ihrer Positionierung vorgelegt.



Spitzenpolitiker:innen starten den *Wahl-O-Mat* zur Landtagswahl 2022: Jörg Nobis (AfD), Christopher Vogt (FDP), Pamela Brandt (Bundeszentrale für politische Bildung), Daniel Günther (CDU), Thomas Losse-Müller (SPD), Dr. Christian Meyer-Heidemann, Aminata Touré (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Dirschauer (SSW) (v.l.n.r.). Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Babette Hinz.



Die Jugendredaktion des *Wahl-O-Mats* zur Landtagswahl 2022. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Babette Hinz.

5.2 Wahl-O-Mat zum Aufkleben

Zur Landtags-, Bundestags- und Europawahl bot der Landesbeauftragte den *Wahl-O-Mat zum Aufkleben*, eine analoge Variante des *Wahl-O-Mats*, an. Beim *Wahl-O-Mat zum Aufkleben*, der in Kooperation mit der *Bundeszentrale für politische Bildung* durchgeführt wird, kommen die gleichen Thesen wie in der digitalen Variante zum Einsatz. Die Nutzer:innen können gemeinsam verschiedene Thesen besprechen und ihre Zustimmung oder Ablehnung durch das Anbringen von kleinen Aufklebern anzeigen. Am Ende bekommen sie ein Wahl-O-Mat-Ergebnis durch eine Lochkartenauswertung errechnet und auf einem Kassenzettel ausgedruckt. Auch der *Wahl-O-Mat zum Aufkleben* enthält – wie das Online-Tool – 38 Thesen.

Für den Einsatz des *Wahl-O-Mats zum Aufkleben* bildete der Landesbeauftragte Teamer:innen aus, die im Berichtszeitraum insgesamt 63 mal in Fußgängerzonen, Einkaufszentren, Rathäusern, Schulen und Jugendzentren im ganzen Land unterwegs waren.



Großes Medieninteresse zur Präsentation des *Wahl-O-Mats zum Aufkleben* zur Bundestagswahl 2025 in der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung/Franziska Schlachter.



Junge Menschen vergleichen in Neumünster ihre politischen Positionen mit denen der zur Landtagswahl 2022 antretenden Parteien. Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung.

5.3 Juniorwahl

Die *Juniorwahl* simuliert die Wahlen mit überwiegend noch nicht wahlberechtigten Schüler:innen in der Woche vor dem tatsächlichen Wahltermin. Das Projekt wurde zu den Wahlen zum Landtag, zum Bundestag und zum Europäischen Parlament vom Landesbeauftragten für politische Bildung in Kooperation mit *Kumulus e.V.* umgesetzt.

Bei der *Juniorwahl* geht es um das Üben und Erleben von Demokratie. Zunächst steht das Thema „Demokratie und Wahlen“ auf dem Stundenplan – abschließend geht es dann an die Wahlurne. Der Höhepunkt für die Schüler:innen liegt in der landesweiten und schulübergreifenden Wahl. Das landesweite Ergebnis der *Juniorwahl* wird am Wahltag zeitgleich mit den ersten Hochrechnungen präsentiert.

Das Projekt umfasst alle weiterführenden Schulformen ab Klassenstufe 7 und zählt zu den größten Schulprojekten in Deutschland. Mit der interaktiven und schulinternen Vorbereitung, Durchführung und Teilnahme an der *Juniorwahl* werden die Jugendlichen ganz praktisch mit demokratischen Spielregeln vertraut gemacht.

2021

199

Schulen mit ca.
64.600 Schüler:innen
(Bundestagswahl)

2022

194

Schulen mit 50.000
Schüler:innen
(Landtagswahl)

2024

216

Schulen mit 39.200
Schüler:innen
(Europawahl)

2025

258

Schulen mit 61.100
Schüler:innen
(Bundestagswahl)

5.4 Diskussionen und Seminare für Erstwähler:innen

Im Vorfeld der fünf Wahlen im Berichtszeitraum hat der Landesbeauftragte für politische Bildung in Zusammenarbeit mit dem *Verband politischer Jugend* Diskussionsveranstaltungen in Schulen durchgeführt. Der *Verband politischer Jugend* koordinierte als überparteilicher Zusammenschluss der Nachwuchsorganisationen der Parteien die Teilnahme der Politiker:innen an diesen Veranstaltungen. Diese stellten sich in Form eines Podiumsgesprächs oder im World-Café-Format den Fragen der Schüler:innen. Zur Bundestagswahl 2021 wurden 24 Schuldiskussionen durchgeführt, zur Landtagswahl 2022 40, zur Kommunalwahl 2023 38, zur Europawahl 2024 42 und zur Bundestagswahl 2025 nochmals 40 Diskussionsveranstaltungen.

Die hohe Nachfrage der Schulen zeigte, dass der Bedarf an politischer Bildung stetig hoch blieb. Die Herausforderungen für solche Veranstaltungen durch Zunahme rechtspopulistischer und rechtsextremer Äußerungen zeigten sich aber ebenfalls deutlich. Deshalb bot der Landesbeauftragte seit 2024 Moderationstrainings für diejenigen Schüler:innen an, die die Diskussionen an den Schulen selbst leiteten. Im Mittelpunkt standen dabei der Umgang mit menschenverachtenden Äußerungen und Falschinformationen. In Kooperation mit der *Nordsee-Akademie Leck* und der *Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg* bot der Landesbeauftragte zur Bundestagswahl 2021 und zur Landtagswahl 2022 Seminare für junge Menschen an, die zum ersten Mal wählen durften. Insgesamt beteiligten sich über 130 Schüler:innen an diesen Veranstaltungen. Die Teilneh-

Diskussionsveranstaltung zur Bundestagswahl am 13. Februar 2025 am
Kopernikus Gymnasium Bargteheide.
Foto: Kopernikus Gymnasium.





Die Sieger:innenehrung des Kurzfilmwettbewerbs *Süß oder salzig?* zur Europawahl 2024 im Studio Filmtheater in Kiel. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Dr. Hauke Petersen.

menden bereiteten sich in drei Tagen intensiv auf die zur Wahl stehenden Parteien und ihre Positionen vor. Zum Abschluss der Seminare wurden Kandidat:innen der zur Wahl stehenden Parteien eingeladen, um in einem Speed-Dating-Verfahren mit den Erstwähler:innen ins Gespräch zu kommen.

Daneben wurde das Projekt *Erstwahlprofis/Erstwahlhelfer* gemeinsam mit dem *Haus Rissen* in den Jahren 2021, 2022 und 2023 durchgeführt. Ziel dieses Projekts ist es, junge Menschen zu Wahlhelfer:innen auszubilden und diese dann in Abstimmung mit den Gemeinden in die Wahlvorstände zu entsenden. So wurden z. B. zur Bundestagswahl 2021 13 Seminare an unterschiedlichen Orten angeboten, um dort junge Menschen zu Wahlhelfer:innen auszubilden. 85 Jugendliche und junge Menschen wurden dort befähigt, selbst in den Wahlvorständen aktiv zu werden und damit demokratische Prozesse zu unterstützen.

5.5 Kurzfilmwettbewerb

Vor der Landtagswahl 2022, der Kommunalwahl 2023 und der Europawahl 2024 führte der Landesbeauftragte einen Kurzfilmwettbewerb mit dem Titel *Süß oder salzig? Deine 60 Sekunden zur Landtagswahl (bzw. Kommunalwahl/Europawahl)* durch. Gesucht wurden Filme von professionellen Filmemacher:innen, aber auch von engagierten Personen, die sich das erste Mal kreativ mit dem Medium Kurzfilm auseinandersetzen und sich inhaltlich mit den Wahlen beschäftigen wollten. Da auch viele Schulklassen, Kurse und Jugendgruppen dieses Angebot annahmen und sich am Filmwettbewerb beteiligten, wurden ab 2023 zwei Kategorien eingerichtet, in denen ein Preisgeld gewonnen werden konnte. 2022 wurden insgesamt 18 Kurzfilme eingereicht; 2023 waren es 50 und 2024 wiederum 41 eingereichte

Beiträge. Nach einer Vorauswahl wurden die besten Kurzfilme im Studio Filmtheater am Dreiecksplatz in Kiel vor einem Publikum gezeigt, das per Abstimmung über die Platzierung entschied. Die so prämierten Clips wurden in den Wochen vor der Wahl in teilnehmenden Kinos in ganz Schleswig-Holstein im Vorprogramm gezeigt.

5.6 Weitere Projekte im Vorfeld von Wahlen

Über die genannten Aktivitäten hinaus bot der Landesbeauftragte für politische Bildung zu einzelnen Wahlen weitere Veranstaltungen und Projekte an, die im Folgenden kurz beispielhaft skizziert werden.

Der Landesbeauftragte hat zusammen mit unterschiedlichen Kooperationspartner:innen (*Landesjugendring Schleswig-Holstein e. V.*, *Arbeitsgemeinschaft der parteinahen Stiftungen und Bildungseinrichtungen*) Wahlaufufe gestartet, die insbesondere junge Menschen zur Teilnahme an den Wahlen motivieren sollten: Als Beispiele seien die Kampagnen *#AuftauchenzurWahl* zur Kommunalwahl 2023 und *Meine Möwe für Europa* zur Europawahl 2024 genannt. Die Kampagnen wurden – auch mit Hilfe lokal und regional bekannter Influencer:innen – in die sozialen Medien getragen und z. B. mit Aufklebern landesweit bekannt gemacht. Gemeinsam mit dem *Landesjugendring* wurden weitere Give-aways mit entsprechenden Wahlaufufen produziert und verteilt.

Neben den vom Landesbeauftragten ausgerichteten Filmwettbewerben (s. o.) wurden zusammen mit verschiedenen Partner:innen weitere Videos und Kurzfilme produziert und veröffentlicht: Im Vorfeld der Kommunalwahl 2023 wurde zusammen mit dem *Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein* und dem *Offenen Kanal Schleswig-Holstein* der Schulungsfilm für Wahlhelfer:innen *Fit für die Wahl!* erstellt. In Kooperation mit der *Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holstein e. V.*, dem *Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag* und dem *Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein* produzierte der Landesbeauf-

tragte die Kurzfilme *Zum Glück gibt's uns*. Diese Filme sollten zur Kommunalwahl 2023 Lust auf das kommunale Ehrenamt machen und wurden landesweit in etlichen Kinos ausgestrahlt. Zur Bundestagswahl 2025 gab der Landesbeauftragte zusammen mit den *Landeszentralen für politische Bildung* einen Erklärfilm in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch, Russisch und Türkisch heraus, der auf Instagram viele tausend Menschen erreichte und als unter einer Creative Commons Lizenz stehendes Bildungsmaterial auch anderen Institutionen zur Verfügung stand.

Als analoge Informationsunterstützung veröffentlichte der Landesbeauftragte Broschüren, u. a. auch in leichter Sprache zur Europa- und zur Bundestagswahl 2024 und 2025. Zudem wurden lokale Initiativen und Akteur:innen, die die Steigerung der Wahlbeteiligung insbesondere bei jungen Menschen zum Ziel hatten, unterstützt. Dazu gehörten z. B. die Aktionswochen zur Europawahl 2024 (gemeinsam mit dem *Kreisjugendring Stormarn e. V.*) sowie Veranstaltungen mit dem Titel *Pizza und Politik* (gemeinsam mit den *Kreisjugendringen Plön und Segeberg*).



Aus dem Dreh eines Clips zur Kampagne #AuftauchenZurWahl zur Kommunalwahl 2023. Foto: Der Landesbeauftragte für politische Bildung/Nils Quentel.

Meine Möwe für Europa – so lautete der Wahlauf Ruf des Landesbeauftragten zur Europawahl 2024.



6.

Handlungsempfehlungen

Schulen im Umgang mit extremistischen Politiker:innen stärken!

Der Erlass des Bildungsministeriums zur politischen Bildung in Schulen vom 06.07.2016 sollte kurzfristig überarbeitet werden, damit Politiker:innen extremistischer Parteien, die in der Vergangenheit durch menschenverachtende, antisemitische oder den Holocaust relativierende oder leugnende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, nicht zwangsläufig zu Diskussionsveranstaltungen in Schulen eingeladen werden müssen. Schulleitungen sollten im Einzelfall und mit Bezug zu den Bildungs- und Erziehungszielen (§ 4 SchulG) entscheiden können, welche Personen in Schulveranstaltungen im Vorfeld von Wahlen einbezogen werden.

Angebote strukturiert und Bedarfe aufzeigt. Außerdem sollte jede Schule ein Budget zur Fortbildung der Lehrkräfte oder Durchführung von Projekttagen im Bereich der Demokratiebildung zugewiesen bekommen.

Bei der Überarbeitung von Fachanforderungen sollte für jedes Schulfach zukünftig ausgewiesen werden, welchen Beitrag zur Demokratiebildung (i. S. v. § 4 SchulG) dieses Schulfach leisten kann. Dieser Beitrag soll durch Praxisbeispiele in den entsprechenden Leitfäden der Fächer hervorgehoben werden. Ebenso sollten in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Schulfächer demokratiebildende Querschnittsthemen stärker berücksichtigt werden.

Demokratiebildung an Schulen ausbauen und fördern!

Es sollte ein Orientierungsrahmen zur Demokratiebildung durch das MBWFK erlassen werden, um Verbindlichkeit für die fächerübergreifenden Angebote und den schulischen Gesamtauftrag zur Demokratiebildung sicherzustellen. Hierbei sollten Mindeststandards, die an jeder Schule zu erfüllen sind, formuliert werden sowie bereits erfolgte Praxisbeispiele als Anregungen sichtbar gemacht werden. Auf dieser Grundlage sollte jede Schule ein eigenes Konzept zur Demokratiebildung entwickeln, das die bestehenden

Wirtschaftspraktikum neu ausrichten!

Als Folge der Kürzung des Wirtschaft/Politik-Kurses in der Oberstufe (Q1-Jahrgang) wurde das Wirtschaftspraktikum in den E-Jahrgang verschoben. Dieses Praktikum sollte in ein Wirtschafts- und Betriebsorientierungspraktikum umgewandelt und im Kurs Berufsorientierung angesiedelt werden. Hierdurch kann die verloren gegangene Unterrichtszeit für das Fach Wirtschaft/Politik, das bislang die Betreuung des Praktikums übernommen hat, kompensiert werden.

Fortbildungen ausweiten!

Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte in den Themen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie zum grundrechts- und wertbezogenen Handeln gegen Forderungen nach vermeintlicher Neutralität von Lehrkräften sollten ausgeweitet werden. Der erhebliche Bedarf an diesen Fortbildungsangeboten trifft ebenso auf alle an Schule tätigen pädagogischen Fachkräfte zu.

Außerschulische politische Jugendbildung unterstützen!

Im Bereich der außerschulischen politischen Jugendbildung besteht Fortbildungsbedarf, um zunehmenden rechtsextremistischen Einstellungen professionell begegnen und gleichzeitig Forderungen nach einer vermeintlichen Neutralität grundrechts- und wertbezogen zurückweisen zu können. Um diese und weitere Bedarfe fachlich decken zu können, sollte das landesweit tätige Netzwerk der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch eine hauptamtliche Geschäftsstelle gestärkt werden. Der Landesjugendring und die Jugendbildungsstätten, die wichtige Aufgaben im Bereich der politischen Bildung übernehmen, sollten weiterhin durch das Land substantiell gefördert werden.

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung weiter ausbauen!

Zur Stärkung der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung sollte eine landesweite Stelle eingerichtet werden, die die kommunalen Kinder- und Jugendvertretungen unterstützt und deren landesweite Aktivitäten koordiniert. Diese Stelle könnte außerdem Kommunen bei der Einrichtung neuer Vertretungen beraten und bei der Durchführung von Beteiligungsprojekten unterstützen.

Desinformation durch politische Medienbildung entgegenwirken!

Die Mitglieder des Netzwerks Medienkompetenz sollten weiter gestärkt werden, um Bildungsangebote für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung vermehrt auf aktuelle Phänomene ausrichten zu können. Hier sollte der Fokus auf Themen der politischen Medienbildung (u. a. generative KI, Social Media, Dark Patterns, Plattformökonomie sowie Folgen eines digital-sozialen Miteinanders) liegen. Außerdem sollten Beeinflussungen öffentlicher Debatten im Netz (Desinformation), insbesondere zur Untergrabung demokratischer Prozesse vor und während Wahlen, thematisiert werden.

Gedenkstättenarbeit fördern und weiter professionalisieren!

Die NS-Gedenkstätten in Schleswig-Holstein müssen weiter professionalisiert und mit ausreichend Mitteln für aktuelle Herausforderungen ausgestattet werden. Der eingeschlagene Weg zu hauptamtlichem Personal in den Gedenkstätten sollte fortgesetzt werden, damit ehrenamtlich tätige Personen nicht überlastet werden. Außerdem sollte eine regelmäßige Ausbildung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Gedenkstätten-Guides gewährleistet werden. Die Verzahnung zwischen Schulen und Gedenkstätten sollte weiter intensiviert werden, sodass sich die Anzahl der Schulbesuche an Gedenkstätten in Schleswig-Holstein weiter steigert. Hierfür wären Unterrichtsmaterialien zur Vor- und Nachbereitung, die sich konkret auf die jeweiligen Erinnerungsorte beziehen, dringend notwendig. Außerdem sollte die Förderstruktur für die Mittelvergabe des Landes an die Gedenkstätten in eine hauptamtlich geleitete Institution überführt werden.

Extremismusprävention, Menschenrechtsbildung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Erinnerungskultur sowie ein entsprechendes Fortbildungsbudget in den jeweiligen Dienststellen.

Landesaktionspläne finanziell ausreichend ausstatten!

Für umfangreiche Maßnahmenpakete der Landesregierung wie etwa den Landesaktionsplan gegen Antisemitismus müssen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit beschlossene Maßnahmen tatsächlich wirksam umgesetzt werden können. Andernfalls droht die Gefahr, dass die mit breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung entwickelten Landesaktionspläne nicht von den Ressorts umgesetzt werden können.

Politische Bildung im öffentlichen Dienst verstärken!

Politische Bildungsangebote für den Öffentlichen Dienst, insbesondere die Sicherheitsbehörden, sollten verstärkt werden. Hierfür braucht es Aus- und Fortbildungsangebote – vor allem zu den Themen

7. Ansprechpartner:innen

Der Landesbeauftragte für politische Bildung und sein Team stehen allen Bürger:innen und Kooperationspartner:innen gerne als Ansprechpartner:innen zur Verfügung. Die Büroräume befinden sich gegenüber des Landeshauses im Karolinenweg 1, 24105 Kiel.



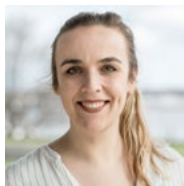
Dr. Christian Meyer-Heidemann

Landesbeauftragter für politische Bildung
Tel. 0431/988-1647
christian.meyer-heidemann@landtag.ltsh.de



Dr. Hauke Petersen

Stellvertreter des Landesbeauftragten für politische Bildung
0431/988-1643
hauke.petersen@landtag.ltsh.de



Freya Elvert

Referentin
0431/988-1640
freya.elvert@landtag.ltsh.de



Nils Quentel

Referent
0431/988-1645
nils.quentel@landtag.ltsh.de

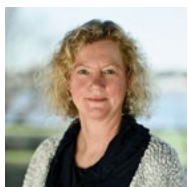


Franziska Schlachter

Referentin

0431/988-1641

franziska.schlachter@landtag.ltsh.de

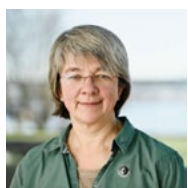


Astrid Böttcher

Sachbearbeiterin

0431/988-1644

astrid.boettcher@landtag.ltsh.de

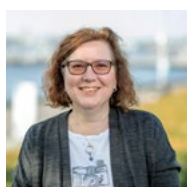


Babette Hinz

Sachbearbeiterin

0431/988-1642

babette.hinz@landtag.ltsh.de



Simone Ali

Sachbearbeiterin

0431/988-1646

simone.ali@landtag.ltsh.de

Impressum

Der Landesbeauftragte
für politische Bildung Schleswig-Holstein

Karolinenweg 1
24105 Kiel

Telefon: 0431-988 1646
E-Mail: lpb@landtag.ltsh.de

www.politische-bildung.sh

